



Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein Z 2
Bibliothek
Standort Kiel

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

15. Jahrgang · Heft 11

November 1963

Aufsätze:

Wirtschaftsstruktur der Gemeinden
Bruttoinlandsprodukt 1962
Zugmaschinen in der Landwirtschaft
Gebäude und Wohnungen
Wohnraumvergaben 1952 - 1962
Studenten der Universität
Kraftfahrzeugsteuer
Baupreise 1962

Kurzberichte:

Studierende an Universität und PH
Veranlagte Einkommen 1961
Brände 1962

Grafik des Monats:

Wirtschaftsstruktur der Länder

INDUSTRIELAND — AGRARLAND

Anteil der Bereiche



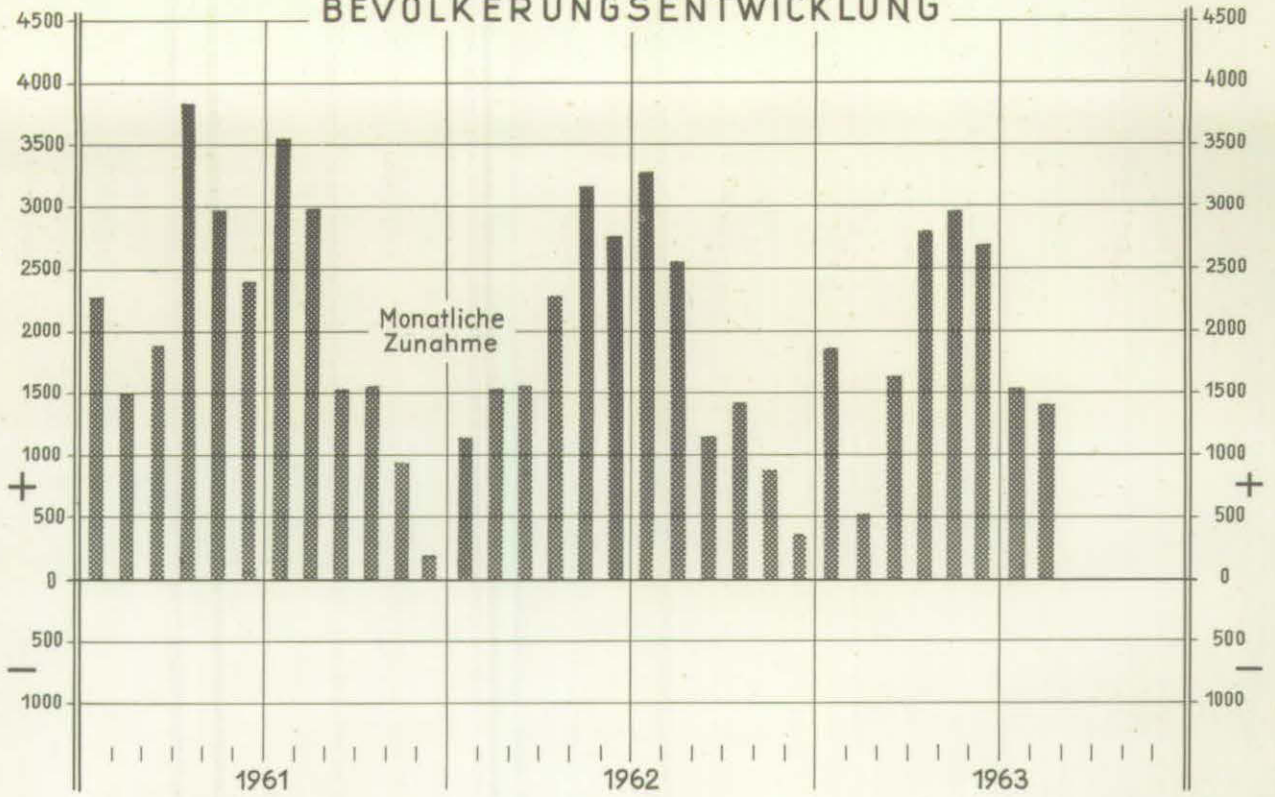
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

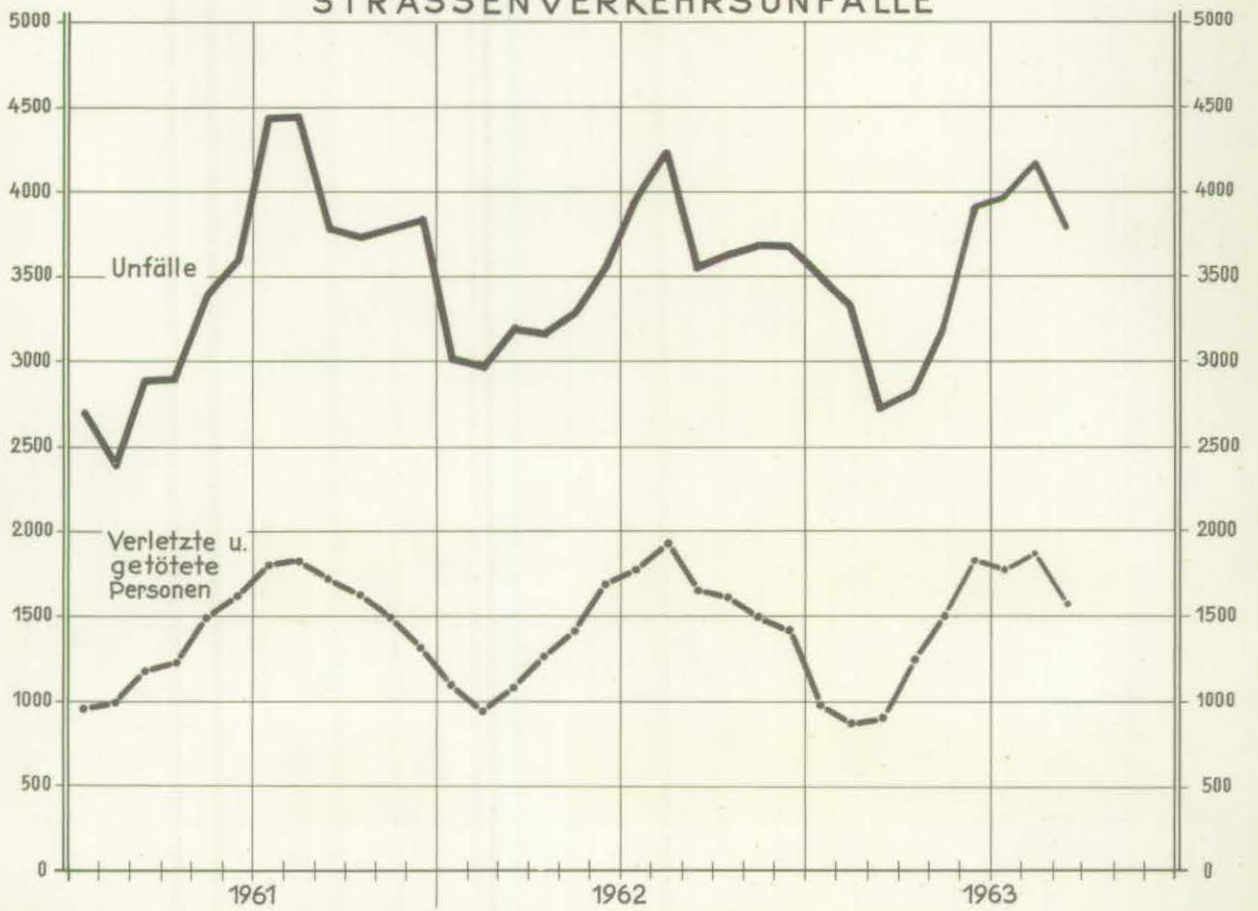
V 6458 E

D-3231

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



I N H A L T

11/63

Aktuelle Auslese	321
Blick auf morgen	322
Aus dem Inhalt	322-323
 Aufsätze	
Die Wirtschaftsstruktur der Gemeinden	324-325
Das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1962	325-328
Die Verwendung von Zug- und Antriebsmaschinen in der Landwirtschaft 1960	328-332
Die Gebäude und Wohnungen in Schleswig-Holstein	332-334
Die Wohnraumvergaben 1952 - 1962	334-335
Studenten der Universität in Kiel 1957 - 1963	335-339
Die regionale Verteilung des Aufkommens an Kraftfahrzeugsteuer	339-340
Der Anstieg der Baupreise im Jahre 1962	341-342
 Kurzberichte	
Die Studierenden der Universität und der Pädagogischen Hochschulen	342-343
Die veranlagten Einkommen und ihre Besteuerung im Jahre 1961	343-344
Die Brände im Jahre 1962	344
Graphik des Monats	336-337
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel	345-350
Kreiszahlen	351
Schleswig-Holstein im Bund	352
Wirtschaftskurven A - allgemein -	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 6/1963

Struktur der Landesausgaben
Personal der öffentlichen Verwaltung
Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen 1958 und 1959
Schichtung der Lohnneinkommen 1961
Lohnstruktur im Erwerbsgartenbau
Lohnstruktur in der Forstwirtschaft
Ausländer 1962
Hochschulprüfungen
Lehrernachwuchs
Hypotheken 1962
Kriegs- und Schwerbeschädigte 1962

Heft 7/1963

Altersaufbau der Bevölkerung
Steueraufkommen 1962
Gemeindestraßen
Realkreditinstitute 1962
Infektionskrankheiten 1962
Kapitalgesellschaften

Heft 8/1963

Entwicklung des Gemüseanbaues
Chemische Industrie 1956 1962
Die Autowelle

Heft 9/1963

Erwerbsfähige Bevölkerung 1962 - 1977
Straßenverkehrsunfälle 1962
Ausgaben Straßenbau
Industrie in den Kreisen
Grenz- Reiseverkehr 1962
Bausparkassen 1962
Öffentliche Fürsorge 1962
Rentenversicherung 1962
Öffentliche Verschuldung 1962

Heft 10/1963

Haushalte VZ 1961
Qualität der Wohngebäude
Geburtenhäufigkeit
Handwerk 1962
Güterverkehr Eisenbahnen
Verbraucherpreise 1962
Jugendhilfe 1962



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

15. Jahrgang · Heft 11

November 1963

Aktuelle Auslese

15 000 BESCHÄFTIGTE MEHR IM HANDWERK ALS 1956

– Vorläufige Ergebnisse der Handwerkszählung 1963 –



Ende Mai 1963 waren im schleswig-holsteinischen Handwerk knapp 160 000 Beschäftigte vorhanden. Seit der Handwerkszählung im Jahre 1956 hat die Zahl der Beschäftigten um rund ein Zehntel zugenommen. Dabei entwickelte sie sich in den einzelnen Handwerksgruppen unterschiedlich: Beachtliche Zunahmen in den Metall verarbeitenden Handwerken und in der Gruppe Gesundheit und Körperpflege stehen wesentlichen Verminderungen im Bekleidungs- und im Holz verarbeitenden Handwerk gegenüber.

Betriebe und Beschäftigte im Handwerk 1963

Handwerksgruppe	Betriebe		Beschäftigte	
	1963	Abnahme seit 1956 in %	1963	Zu-/Abnahme seit 1956 in %
Bau	5 000	- 6	59 200	+ 12
Metall	5 500	- 8	42 500	+ 33
Holz	1 900	- 23	8 800	- 15
Bekleidung	4 300	- 33	9 800	- 28
Nahrungsmittel	3 700	- 12	20 200	- 6
Gesundheit und Körperpflege	2 600	- 3	15 000	+ 39
Sonstige	700	- 4	3 600	+ 22
Insgesamt	23 700	- 15	159 100	+ 10

Die Zahl der Betriebe hat – wie erwartet – abgenommen, und zwar um etwa 4 000. Daraus resultiert eine merkliche Erhöhung der durchschnittlichen Betriebsgröße von etwas mehr als 5 Beschäftigten im Jahre 1956 auf beinahe 7 Beschäftigte. Die Verhältnisse in den einzelnen Handwerksgruppen stellen sich wie folgt dar:

	Beschäftigte je Betrieb			*Beschäftigte je Betrieb	
	1956	1963		1956	1963
Bau	10,0	11,9	Nahrungsmittel	5,1	5,5
Metall	5,3	7,7	Gesundheit u. Körperpflege	4,0	5,8
Holz	4,3	4,7	Sonstige	3,8	4,9
Bekleidung	2,1	2,3	Insgesamt	5,2	6,7

Die Betriebsgröße ist am stärksten gestiegen in den Metall verarbeitenden Handwerken (+ 45%), während sie sich im Bekleidungs- und im Nahrungsmittelhandwerk nur geringfügig erhöht hat.

Blick auf morgen

Zahl der Schulanfänger

In diesen Wochen werden die ersten Anfragen an uns gerichtet, wie viele Abc-Schützen Ostern 1964 in Schleswig-Holstein zu erwarten sind. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre wurden in jedem Jahr knapp 30 000 Kinder in die unterste Klasse der Volksschulen des Landes neu aufgenommen. Ostern 1964 wird die Zahl der Schulanfänger bereits 31 800 erreichen und dann von Jahr zu Jahr weiter ansteigen. Nach vorsichtiger Schätzung wird sich die Zahl der Schulanfänger in den kommenden Jahren – vorausgesetzt, daß der Ein-

schulungstermin im Frühjahr bestehen bleibt – wie folgt entwickeln:

1964	31 800	1968	37 900
1965	32 500	1969	38 700
1966	34 700	1970	38 900
1967	35 600		

Bei der Berechnung der vorstehenden Zahlen sind die Auswirkungen des veränderten Schulpflichtgesetzes vom 25. September 1963 bereits berücksichtigt worden. In der neuen Fassung des Gesetzes heißt es, daß die Schulpflicht mit dem Schuljahr beginnt, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Kinder das sechste Lebensjahr vollenden.

Aus dem Inhalt

Wirtschaftsstruktur der Gemeinden S. 324

Im ersten Teil der in diesem Jahr erschienenen "Gemeindestatistik Schleswig-Holstein 1960/61" wurde versucht, die Wirtschaftsstruktur jeder Gemeinde mit Hilfe von Buchstaben, die als Symbole stehen, zu kennzeichnen. Als Strukturdaten für die Gemeinden wurden vier Merkmale ausgewählt, und zwar gewerblicher/landwirtschaftlicher Einschlag, Gewicht der produzierenden Gewerbe, Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe und Berufspendler. Durch die einzelnen Buchstaben, aber auch durch ihre Kombination entstand ein Strukturschlüssel, mit dessen Hilfe es möglich ist, festzustellen, daß – um nur ein Beispiel herauszugreifen – in 60 % der Gemeinden Schleswig-Holsteins die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft dominieren, daß in diesen Gemeinden aber nur 14 % der Bevölkerung des Landes leben. In den "gewerblichen" Gemeinden des Landes wohnen dagegen fast 70 % der Einwohner.

nach Rheinland-Pfalz das geringste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner aufzuweisen. Ähnlich im Rückstand gegenüber dem Bundesdurchschnitt sind Niedersachsen und Bayern.

Bruttoinlandsprodukt 1962

S. 325

Im Jahre 1962 erreichte das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in Schleswig-Holstein fast 12 Mrd. DM. Gegenüber 11 Mrd. DM im Jahre 1961 bedeutet das eine Zunahme der gesamten wirtschaftlichen Leistung um gut 8 %. In dieser Zuwachsrate sind neben Produktionssteigerungen auch Preisanstiege enthalten. Es wird geschätzt, daß die Zuwachsrate von 8 % etwa zu gleichen Teilen den realen und preislichen Faktoren zugerechnet werden kann. – Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hat sich, von der Seite des Bruttoinlandsprodukts her betrachtet, etwas verlangsamt. Für das Jahr 1961 weist die Sozialproduktberechnung noch eine nominelle Zuwachsrate von 11 % aus. – Die Struktur des Bruttoinlandsprodukts Schleswig-Holsteins hat sich nur unwesentlich, und zwar lediglich auf Kosten des Bereichs "Land- und Forstwirtschaft, Fischerei" verändert. Aber immer noch gut ein Zehntel der wirtschaftlichen Leistung des Landes ist diesem Bereich zuzurechnen. Mit 45 % haben die "übrigen warenproduzierenden Bereiche" den Hauptanteil. Die Unterschiede im Vergleich der einzelnen Wirtschaftsbereiche halten sich – abgesehen vom landwirtschaftlichen Bereich – in verhältnismäßig engen Grenzen. In den drei großen zusammengefaßten Bereichen, nämlich dem "warenproduzierenden Bereich" (ohne Landwirtschaft), dem "verteilenden Bereich" und dem "Dienstleistungsbereich", schwankt die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts zwischen 8 % und 9,5 %. – Schleswig-Holstein hat im Jahre 1962 wie auch 1961 mit rund 5 000 DM

Zugmaschinen in der Landwirtschaft S. 328

Die Technisierung der Landwirtschaft hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Der Zwang zur Rationalisierung und die Abwanderung von Arbeitskräften sind die wichtigsten Gründe, die zum Ersatz des Produktionsfaktors Arbeit durch Kapital geführt haben. Dem Schlepper fällt dabei die zentrale Stellung in der Mechanisierung zu. Der Bestand an betriebseigenen Schleppern war 1960 fast achtmal größer als 1949. 1960 hatten 34 % aller betriebseigenen Schlepper eine Nennleistung von 18 – 24 PS, 31 % eine von 25 – 34 PS. Im Vergleich zu einigen anderen Bundesländern ist der Anteil der schweren Schlepper über 25 PS in Schleswig-Holstein mit 42 % am höchsten. In Schleswig-Holstein setzen rund die Hälfte aller Betriebe mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche einen eigenen Schlepper ein, so daß auf einen Schlepper 30 ha LN entfallen. Betriebe von 30 und mehr ha LN arbeiten fast alle mit Schleppern. Mit steigender Betriebsgröße nimmt auch die Verwendung der schweren Schlepper zu. Bei Betrachtung der regionalen Verteilung der Schlepper in Schleswig-Holstein ist festgestellt worden, daß in den Kreisen Eckernförde und Plön die meisten, nämlich 61 % bzw. 60 % aller Betriebe, mit Schleppern arbeiten. Im Kreis Eiderstedt dagegen besitzen nur 20 % aller Betriebe einen eigenen Schlepper. – Als Grundausrüstung für die Verwendung von Anbaugeräten waren 1960 an 48 % aller Schlepper eine Hydraulik vorhanden und 46 % aller Schlepper waren mit einem Anbaumähwerk ausgerüstet. Front- und Hecklader, die eine hydraulische Einrichtung am Schlepper voraussetzen, sind bei 3,8 % aller Schlepper vorhanden. – Als zusätzliche Antriebsmaschinen bedient man sich in der Landwirtschaft der Elektro- und Verbrennungsmotoren. Im Vergleich zu 1949 erhöhte sich die Zahl der Elektromotoren um 88 %, die Zahl der Verbrennungsmotoren um 117 %. 61 % aller Betriebe verwendeten 1960 Elektromotoren, bei den Betrieben mit 20 und mehr ha LN betrug der Anteil sogar 95 %. Verbrennungsmotoren wurden nur in etwa 6 % aller Betriebe verwendet. – Die überbetriebliche Nutzung von Maschinen bietet sich für kleinere Betriebe an, die die hohen Kosten für Maschinenanschaffung nicht tragen können. Obwohl der Schlepper, der häufig gebraucht wird, sich weniger für den Einsatz in mehreren Betrieben eignet, bedienen sich doch 10 % aller Betriebe dieser Einrichtung.

Gebäude und Wohnungen S. 332

Im Jahre 1961 gab es in Schleswig-Holstein rund 346 000 Wohngebäude mit 662 000 Wohnungen. Verglichen mit dem Ergebnis der VZ 1950 hat sich der Bestand an Wohngebäuden um über ein Drittel, der Bestand an Wohnungen um fast die Hälfte erhöht. Zu den Wohngebäuden kommen noch knapp 10 000 bewohnte Nichtwohngebäude mit 15 000 Wohnungen. Bei diesen Gebäuden ist gegenüber 1950 eine Abnahme um 14 %, bei den Wohnungen eine um 30 % festzustellen. Noch mehr sind die Unterkünfte (früher Notwohngebäude) aus dem Siedlungsbild Schleswig-Holsteins verschwunden. 1961 gab es nur noch 16 000 Notgebäude mit 28 000 Wohngelegenheiten. – Das Mehrfamilienhaus und das Ein- und Zweifamilienhaus halten sich hinsichtlich ihres Anteils an den Wohnungen im Land insgesamt etwa die Waage. In den kreisfreien Städten befinden sich 75 % der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. – Jede 10. Wohnung ist in Schleswig-Holstein vor 1870 gebaut worden, jede 5. Wohnung in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg bis zur Währungsreform 1948. Jede 3. Wohnung liegt in einem Gebäude, das erst während der Zeit von 1948 – 1961 bezogen worden ist. – Das Eigentum an den Wohngebäuden und Wohnungen liegt in Schleswig-Holstein zu 75 % in den Händen von Privatpersonen.

Wohnraumvergaben 1952–1962 S. 334

Im Schnitt der Jahre 1952 bis 1962 wurden rund 90 % der neubauten Wohnungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus als Vergabefälle erfaßt. In diesen elf Jahren sind für den Bau von rund 140 000 Wohnungen, zum Teil auch in Form von Eigenheimen, öffentliche Mittel eingesetzt worden. Die Hauptmasse dieser sozialen Wohnungen, nämlich 75 %, wurden ein neues Heim für Vertriebene, Zugewanderte aus der sowjetisch besetzten Zone oder für Kriegssachbeschädigte. Die stärkste Gruppe der Geschädigten des Krieges waren bei der Zuteilung von Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus die Vertriebenen. – Im Schnitt hatten die von den Wohnungsämtern erstmals vergebenen "sozialen Wohnungen" etwa 3 1/2 Räume bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 3,2 Personen.

Studenten der Universität S. 335

Im Sommersemester 1963 waren an der Universität in Kiel 6 157 deutsche und ausländische Studenten immatrikuliert (ohne Beurlaubte und Gasthörer). Die Zahl der Studenten hat sich gegenüber dem Sommersemester 1957 beinahe verdoppelt. Gegenüber dem Sommersemester 1962 ist sie fast unverändert geblieben. Die Zahl der Studienanfänger – als Anzeiger der weiteren Entwicklung – ist seit einigen Semestern leicht rückläufig. Die Zahl der Studenten in den einzelnen Fachrichtungen hat sich in den vergangenen Jahren recht unterschiedlich entwickelt.

Kraftfahrzeugsteuer S. 339

Das örtliche Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer in Schleswig-Holstein wurde nach den Sollkarten der Finanzämter in den Monaten Mai und Juni 1963 festgestellt. Alle damals angemeldeten Kraftfahrzeuge wurden mit dem Steuerbetrag erfaßt, den ein Kraftfahrzeughalter zahlen mußte, wenn sein Kraftfahrzeug für das ganze Jahr 1963 zugelassen wäre. Nach dieser Berechnung ergibt sich als Landesdurchschnitt für 1963 ein Steueraufkommen von 32,90 DM je Einwohner. In den kreisfreien Städten wird dieser Durchschnitt mit 32,80 DM fast genau erreicht. In den kreisangehörigen Ge-

meinden sinken die Durchschnittsbeträge mit fallender Gemeindegrößenklasse.

Baupreise 1962 S. 341

Die ständige Übernachfrage auf dem Bausektor hat dazu geführt, daß sich von allen Gütern, die von der westdeutschen Volkswirtschaft erstellt werden, die Bauleistungen bei weitem am meisten verteuert haben. In den vier Jahren 1959 bis 1962 verteuerte sich der Wohnungsbau insgesamt um fast ein Drittel. Wer 1958 für das Bauen eines Eigenheimes 60 000 DM aufgewendet hat, hätte vier Jahre später fast 80 000 DM dafür ausgeben müssen. An der Verteuerung im Wohnungsbau waren – wenn von den Preisen für die Baugrundstücke abgesehen wird – vor allem die Preissteigerungen für das Mauern, Betonieren, Verputzen und das Bautischlern beteiligt. – Seit 1960 wird auch ein Preisindex für den Straßenbau berechnet, und zwar für zwei Straßentypen. Beim Bundesfernstraßenbau haben sich die Bauleistungspreise von 1960 bis 1962 um 12,5 % erhöht und beim Hauptwirtschaftswegebau um 14,9 %. Demnach hat sich in den letzten beiden Jahren der Straßenbau nicht ganz so stark verteuert wie der Hochbau. Bei den Wohngebäuden betrug die Preissteigerung in den 2 Jahren 17,0 % und bei den landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden 15,3 %.

Studierende an Universität und PH S. 342

In diesem Aufsatz werden einige Angaben für die Studenten der Universität in Kiel mit den entsprechenden Angaben für die Studierenden der beiden Pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg verglichen. Dabei zeigen sich bei einigen Daten große Unterschiede. So kamen z. B. die Studierenden der beiden Pädagogischen Hochschulen zu 96 % aus Schleswig-Holstein, nur 4 % hatten ihren ständigen Wohnsitz außerhalb des Landes. Von den Universitätsstudenten lebten nur 65 % ständig in Schleswig-Holstein. Bei anderen Faktoren waren die Unterschiede wieder gering, so betrug z. B. das Durchschnittsalter für die Studenten der Universität 24 Jahre und das für die angehenden Pädagogen 22 Jahre.

Veranlagte Einkommen 1961 S. 343

Nach den ersten vorläufigen Ergebnissen der Einkommensteuerstatistik wurden 1961 in Schleswig-Holstein 146 000 Steuerpflichtige zur Einkommensteuer veranlagt. Die Zahl der Steuerpflichtigen hat sich seit 1957 um 12 000 erhöht. Im Jahre 1961 entfielen auf 1 000 Einwohner 63 zur Einkommensteuer Veranlagte, 1950 waren es 56 gewesen. – Unbeschränkt Steuerpflichtige wiesen 1961 Einkünfte in Höhe von 2,4 Mrd. DM nach. Im Gegensatz zur Zahl der Steuerpflichtigen hat sich der Gesamtbetrag der Einkünfte kräftig erhöht. Er war um zwei Drittel höher als 1957. Das zu versteuernde Einkommen hat sich im gleichen Ausmaß wie der Gesamtbetrag der Einkünfte ausgedehnt. Es belief sich auf 1,9 Mrd. DM; dafür mußten die Steuerbelasteten 428 Mill. DM Steuer entrichten. Sie zahlten im Durchschnitt 3 600 DM Einkommensteuer.

Brände 1962 S. 344

Die schleswig-holsteinischen Feuerwehren hatten 1962 1 395 Brände zu bekämpfen, darunter 189 Großbrände. Drei Fünftel aller Brände brachen in und an Gebäuden aus, ein Drittel auf Freiflächen. Bei den 838 Gebäudebränden entstanden Schäden in Höhe von 20,9 Mill. DM. – Der größte Teil der Schäden entstand durch vorsätzliche Brandstiftung. Er beträgt 5 Mill. DM und ist damit rund viermal so groß wie 1961.

Die Wirtschaftsstruktur der Gemeinden

Die im August dieses Jahres erschienene "Gemeindestatistik Schleswig-Holstein 1960/61", Teil 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, enthält erstmalig den Versuch einer besonderen Kennzeichnung der Wirtschaftsstruktur jeder Gemeinde.

Mit diesem Versuch soll keinesfalls den Bestrebungen der Landesplanung, Raumforschung und der Geographen vorgegriffen werden, Gemeindetypen zu bilden. Jedoch bot die Veröffentlichung der Gemeindestatistik 1961 einen sobald nicht wiederkehrenden Ansatzpunkt für diesen Schritt.

Durch eine Kombination von Buchstaben, die als Symbole stehen, soll eine grobe Vorstellung von der Wirtschaftsstruktur jeder der zum Zeitpunkt der Volks- und Berufszählung 1961 vorhandenen 1 395 Gemeinden des Landes vermittelt werden. Auch andere Statistische Landesämter werden diese Kennzeichnungen nach dem gleichen Schema in ihren Gemeindestatistiken veröffentlichen.

Die genannten Buchstaben stehen für folgende vier Merkmale:

1. gewerblicher/landwirtschaftlicher Einschlag,
2. Gewicht der produzierenden Gewerbe,
3. Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe,
4. Berufspendler.

Im einzelnen bedeuten sie folgendes:

Merkmal 1:

Von 100 der am Ort Arbeitenden waren ... in der Land- und Forstwirtschaft tätig

	(als Merkhilfe:)	
G	("Gewerbe")	unter 20
GL		20 bis unter 40
M	("Mitte")	40 " " 60
LG		60 " " 80
L	("Landw.")	80 und mehr

Merkmal 2:

Von den Beschäftigten in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten ist die Mehrzahl tätig im

- P: produzierenden Gewerbe (Industrie und Handwerk, einschl. Baugewerbe)
 D: Handel und Verkehr, öffentlichen Dienst, in den Banken, Verbänden, privaten Haushalten, sonstigen Dienstleistungen

Merkmal 3:

(als Merkhilfe:)

S	("Sonderkultur")	10% und mehr der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) entfallen auf Sonderkulturen	
K	("Kleinbetr.")	50% und mehr der LN werden von Betrieben mit weniger als 10 ha LN bewirtschaftet	} weniger als 10% der LN entfallen auf Sonderkulturen
B	("Bäuerl. Betr.")	Mehr als 50% der LN werden von Betrieben mit 10 ha und mehr LN bewirtschaftet	

Merkmal 4:

A	("Auspendler")	Von 100 am Ort wohnenden Erwerbspersonen arbeiteten mindestens 30 in einer anderen Gemeinde
E	("Einpendler")	Von 100 am Ort Arbeitenden wohnten mindestens 20 in einer anderen Gemeinde

Eine Auszählung der Gemeinden des Landes nach diesen Merkmalen und Gruppen führt zu folgenden Feststellungen:

Merkmal 1 (gewerblicher/landwirtschaftlicher Einschlag)

	Gemeinden		Bevölkerung	
	Anzahl	%	in 1 000	%
G	156	11	1 599	69
GL	106	8	160	7
M	287	21	233	10
LG	551	39	256	11
L	295	21	70	3
Insgesamt	1 395	100	2 317	100

Es ist ersichtlich, daß in der Mehrzahl der - allerdings kleineren - Gemeinden des Landes die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft dominieren. Die Kennzeichen L und LG erhielten 60% der Gemeinden, in ihnen leben jedoch nur 14% der schleswig-holsteinischen Bevölkerung. Die Städte und größeren Gemeinden, aber auch eine Reihe kleinerer Gemeinden, gehören zum Kennzeichen G. Sie vereinigen auf sich fast 70% der schleswig-holsteinischen Bevölkerung.

Merkmal 2 (Gewicht der Produzierenden Gewerbe)

			%
D	892 Gemeinden		64
P	477 "		34
	keine nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten	26 "	2
Insgesamt	1 395	"	100

Das dritte Merkmal, das auf Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 1960 beruht, macht deutlich, in welchem Maße in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft der bäuerliche

Familienbetrieb vorherrscht. Nur in fünf Gemeinden werden mehr als 50% der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Betrieben mit weniger als 10 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche bewirtschaftet (K). Darunter befinden sich die Gemeinden - Arnis, Norddorf (auf Amrum) und Aumühle -, in denen die Landwirtschaft eine unbedeutende Rolle spielt (Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung unter 10%).

17 Gemeinden gehören zur Gruppe S, also mehr als 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfallen auf Sonderkulturen. Es sind dies Gemeinden des Pinneberger Baumschulgebietes und der Forstgutsbezirk Sachsenwald.

In 5 Gemeinden gibt es keine landwirtschaftlichen Betriebe (Helgoland, Trappenkamp, Hörnum (Sylt), Wittdün sowie der Forstgutsbezirk Buchholz). Geringe landwirtschaftliche Nutzflächen werden hier von Betrieben bewirtschaftet, die in anderen Gemeinden ansässig sind.

Die bisher geschilderten Merkmale stehen unbewertet und ungewichtet nebeneinander. Man muß aber bei der Verwendung des Struktur-schlüssels dem ersten Merkmal, das den landwirtschaftlichen Einschlag der Gemeinde hervorhebt, die größere Bedeutung für eine Einordnung und Beurteilung der Gemeinde zu-messen. Z. B. ist das Merkmal 2, das Ergebnisse der Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten 1961 verwendet, jeweils anders zu beurteilen, wenn es sich um G- oder um L-Gemeinden handelt. So bezieht es sich in Gemeinden mit vorherrschender Landwirtschaft auf die u. U. recht unbedeutende Beschäftigten-zahl in den wenigen in der Gemeinde ansässigen nichtlandwirtschaftlichen Betrieben.

Ein Merkmal mit eigener Aussagekraft ist das vierte Kennzeichen, das die Gemeinden mit hohen Ein- und Auspendlerzahlen bezeichnet.

Die definitorische Abgrenzung muß hier beson- ders beachtet werden, da die statistischen Be- zugsmassen, die den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung vom 6. 6. 1961 entstammen, bei Aus- und Einpendlern (A oder E) unterschied- lich sind. Während die Auspendler auf die am Ort wohnenden Erwerbspersonen bezogen sind (Schwellenwert 30%), sind die Einpendler an den am Ort Arbeitenden gemessen worden (Schwellenwert 20%). Die am Ort arbeitenden Personen errechnen sich aus den am Ort woh- nenden Erwerbspersonen zuzüglich der Ein- pendler, abzüglich der Auspendler.

Merkmal 4 (Berufspendler)		%
A	602 Gemeinden	43
E	241 "	17
darunter (in A und E enthalten)		
A und E gleichzeitig	140 "	10

Aus der geschilderten Art der Berechnung er- gibt es sich, daß die kreisfreien Städte, die die absolut größten Einpendlerzahlen ha- ben, die Kennzeichnung als Pendlergemeinde nicht erhielten. Z. B. für Kiel stellen die 23 000 Personen, die in diesen wirtschaftlichen Mittelpunkt einpendeln, 17% aller am Ort Ar- beitenden dar, der Schwellenwert 20% wird also nicht erreicht. Demgegenüber übersprin- gen alle übrigen größeren Einpendlerzentren des Landes - 27 Gemeinden haben mindestens 1 000 Einpendler - die 20%-Grenze, sind also durch den Buchstaben E gekennzeichnet. Von allen Gemeinden des Landes erreichten etwa die Hälfte, 703 Gemeinden, die genannten Schwel- lenwerte, 140 Gemeinden erreichten die Schwel- lenwerte der Aus- und Einpendler gleichzeitig. Sie sind zu beiden Kategorien gezählt worden.

Dr. Gustav-Herbert Horn/Dipl.-Volksw. Gerhard Muske

Das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1962

- Erst vorläufige Berechnung -

Bekanntlich nimmt die originäre Berechnung des Bruttoinlands- produkts aus verschiedenen Gründen sehr viel Zeit in Anspruch, so daß die Aktualität der Ergebnisse für viele Interessenten zu wünschen übrig läßt. Einmal ist die Berechnung abhängig von dem oft späten Vorliegen des benötigten statistischen Mate- rials, zum anderen ist sie zu kompliziert und zu umfangreich, als daß kurzfristig Ergebnisse bereitgestellt werden könnten. Der Arbeitskreis "Sozialproduktberechnungen der Länder" hat des- halb in gemeinsamer Arbeit Methoden entwickelt, die es er- möglichen, durch fundierte Schätzungen auch für Länder zeit- nahe Ergebnisse zu liefern.

Bei dieser ersten vorläufigen Berechnung handelt es sich im Prinzip um eine Fortschreibung des Vorjahresergebnisses an-

hand von ausgewählten Entwicklungsreihen. Die Auswahl der zu verwendenden Reihen ist bestimmt von dem Repräsen- tations- grad der jeweiligen Wirtschaftsdaten als Indikator für die Ent- wicklung des einzelnen Bereiches und von der Überlegung, zu welchem Zeitpunkt diese Reihen ausreichend vollständig zur Verfügung stehen. Als Beispiel solcher ausgewählten Reihen werden die Umsatzveränderungen der Industrie, des Bauge- werbes, des Handels, die DM- und Deviseneinnahmen im See- verkehr und die Umschlagsbewegungen in den Hafenbetrieben genannt. Beim Bereich Landwirtschaft knüpft die erste Be- rechnung an die Erträge der hauptsächlich tierischen und pflanzlichen Erzeugnisse an, wobei auch die Entwicklung des Aufwandes über den Index der Einkaufspreise landwirtschaft- licher Betriebsmittel berücksichtigt wird.

Gegenüber dem Jahre 1961, wo solche Berechnungen erstmals ländereinheitlich durchgeführt worden sind, hat sich die Schätzungsmethode wesentlich verbessert. Während bei den Ergebnissen der Berechnung für das Jahr 1961 sehr viel Skepsis angebracht gewesen ist, so daß allenfalls Gesamtwerte aus der Hand gegeben werden konnten, ist bei den Ergebnissen der Berechnung für 1962 auch eine Untergliederung nach den vier zusammengefaßten Hauptwirtschaftsbereichen: "Land- und Forstwirtschaft, Fischerei", "Übrige warenproduzierende Bereiche", "Handel und Verkehr" und "Dienstleistungsbereiche" durchaus vertretbar.

Bruttoinlandsprodukt; 12 Milliarden DM

Im Lande Schleswig-Holstein ist im Jahre 1962 ein Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen

in Höhe von annähernd 12 Mrd. DM erarbeitet worden. Gegenüber 11 Mrd. DM im Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme der gesamten wirtschaftlichen Leistung um gut 8%. In dieser Zuwachsrate sind neben echten Produktionssteigerungen auch Preisentwicklungen enthalten. Das Maß der Auswirkung der Preisfaktoren läßt sich erst nach Vorliegen der Ergebnisse der Berechnung zu konstanten Preisen genau bestimmen. Man geht aber nicht fehl, wenn man die Zuwachsrate von 8% etwa zu gleichen Teilen den realen und preislichen Faktoren zurechnet.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hat sich von der Sicht des Bruttoinlandsprodukts her betrachtet etwas verlangsamt. Für das Jahr

Das Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern 1961 und 1962

- in jeweiligen Preisen -

Jahr ¹	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet ²
Mill. DM										
1961	10 844	17 952	33 162	5 187	101 286	27 574	15 132	46 487	48 338	311 380
1962	11 735	19 223	36 200	5 663	108 658	30 186	16 504	50 895	53 105	337 910
Meßziffern (1950 = 100)										
1961	280	305	295	295	321	322	301	352	301	320
1962	304	327	322	322	344	352	328	386	331	348
Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %										
1961	10,8	7,1	11,0	5,2	9,5	11,0	9,8	11,8	10,2	10,1
1962	8,2	7,1	9,2	9,2	7,3	9,5	9,1	9,5	9,9	8,5
Anteile der Länder am Bundesgebiet in %										
1961	3,5	5,8	10,6	1,7	32,5	8,9	4,9	14,9	15,5	
1962	3,5	5,7	10,7	1,7	32,1	8,9	4,9	15,1	15,7	

1) 1961: berichtigte vorläufige Ergebnisse; 1962: erste vorläufige Ergebnisse 2) mit Saarland

1961 weist die Sozialproduktberechnung noch eine nominelle Zuwachsrate von rund 11% aus. Auch der Bund und die anderen Bundesländer haben einen Rückgang der Zuwachsraten zu verzeichnen. Nur die Stadtstaaten bilden hiervon aufgrund ihrer besonders strukturierten Wirtschaft eine Ausnahme. In Hamburg blieb die vergleichsweise geringe Zuwachsrate des Jahres 1961 unverändert, während in der gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich hohen Wachstumsrate Bremens eine gewisse wirtschaftliche Erholung zum Ausdruck kommt.

In Schleswig-Holstein ist die Dämpfung der wirtschaftlichen Entwicklung am ausgeprägtesten gewesen. Zu den Ländern mit einer überdurchschnittlich geringeren Zuwachsrate zählt nur noch Nordrhein-Westfalen, wo nach Hamburg die kleinste Wachstumsrate ermittelt worden ist. Der Vorjahresentwicklung am nächsten kommt Bayern, gefolgt von Rheinland-Pfalz. Die Unterschiede in den Entwicklungstendenzen

bleiben aber im engen Rahmen, so daß sich die Anteile der einzelnen Länder am Bruttoinlandsprodukt des Bundes kaum verändert haben. Der Anteil Schleswig-Holsteins am Bruttoinlandsprodukt des Bundes betrug wie im Vorjahr 3,5%.

Auch die Struktur des Bruttoinlandsprodukts Schleswig-Holsteins hat sich nur sehr unwesentlich, und zwar lediglich auf Kosten des Bereiches "Land- und Forstwirtschaft, Fischerei" verändert. Aber immer noch gut ein Zehntel der wirtschaftlichen Leistung des Landes ist diesem Bereich zuzurechnen. Mit 45% haben die "Übrigen warenproduzierenden Bereiche" den Hauptanteil. Auf die "Dienstleistungsbereiche", worin auch der Staat und die intermediären Finanzgewalten enthalten sind, entfallen knapp ein Viertel, auf den "Handel und Verkehr" nicht ganz ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts.

Ein Rückblick auf das Jahr 1950 zeigt, daß sich das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins

innerhalb der vergangenen zwölf Jahre etwa verdreifacht hat. Trotzdem steht das Land in der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung mit Abstand am Ende der Reihe der Bundesländer. Besonders tritt Baden-Württemberg hervor, wo sich das Bruttoinlandsprodukt in dem angesprochenen Zeitraum fast vervierfacht hat.

Die gewerbliche Wirtschaft hielt Schritt

Das Wachstum der einzelnen Wirtschaftsbereiche ist selbstverständlich unterschiedlich. Ein Zeichen für eine harmonische Entwicklung ist aber, daß sich diese Unterschiede, abgesehen von dem landwirtschaftlichen Bereich, in verhältnismäßig engen Grenzen halten. In den drei großen zusammengefaßten Bereichen, nämlich dem "warenproduzierenden Bereich" (ohne Landwirtschaft), dem "verteilenden Bereich" und dem "Dienstleistungsbereich", schwankt die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zwischen 8% beim Handel und Verkehr und 9,5% bei den Dienstleistungsbereichen. Die gewerbliche Wirtschaft (einschl. Bergbau und Energie) Schleswig-Holsteins hält mit einer Zuwachsrate von 9% ebenso wie der Dienstleistungsbereich Schritt mit dem Bundesgebiet. Die Entwicklung des Handels und Verkehrs ist ihm sogar etwas voraus.

Die Entwicklung des Bereiches "Land- und Forstwirtschaft, Fischerei", der mit einer Wachstumsrate von 2,8% unter der des Bundes (3,6%) liegt, muß mit anderen Augen betrachtet werden. Abgesehen davon, daß aufgrund natürlicher Gegebenheiten mit technischen Mitteln die Produktionsbasis nur schwer erweitert werden kann, spielen Witterungsverhältnisse für das Produktionsergebnis eine ausschlaggebende Rolle. Es ist deswegen in diesem Zusammenhang wenig sinnvoll, die Entwicklung von einem zum anderen Jahr zu betrachten. Dem Rückblick auf das Jahr 1950 anhand von Meßziffern, der besagt, daß das Wachstum der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins über diesen großen Zeitraum hinweg im Einklang mit der Bundesentwicklung gestanden hat, haftet andererseits die Problematik der Wahl des Basisjahres an.

Aussagekräftiger dagegen ist die Feststellung, daß die jährliche Zuwachsrate im Bereich "Land- und Forstwirtschaft, Fischerei" im Schnitt der Jahre 1951 bis 1962 in Schleswig-Holstein 5,4%, im Bundesgebiet 5,2% betragen hat.

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner: 5 000 DM

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner kann nur mit großen Einschränkungen als Indiz des allgemeinen Wohlstandes eines Landes herangezogen werden. Man müßte als zusätzlichen Gesichtspunkt Angaben über die Einkommensver-

Die Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt 1961 und 1962 (vorläufige Ergebnisse)
- in jeweiligen Preisen -

Hauptbereich	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	
	1961	1962	1961	1962
	Mill. DM			
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	1 344	1 382	17 700	18 340
Übrige warenproduzierende Bereiche	4 824	5 261	169 660	184 740
Handel und Verkehr	2 075	2 244	61 070	65 830
Dienstleistungsbereiche	2 601	2 848	62 950	69 000
Bruttoinlandsprodukt	10 844	11 735	311 380	337 910
	Meßziffern (1950 = 100)			
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	177	182	175	181
Übrige warenproduzierende Bereiche	327	357	353	385
Handel und Verkehr	282	304	304	328
Dienstleistungsbereiche	290	318	332	364
Bruttoinlandsprodukt	280	304	320	348
	Zunahmen gegenüber dem Vorjahr in %			
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	13,2	2,8	0,7	3,6
Übrige warenproduzierende Bereiche	11,0	9,1	11,2	8,9
Handel und Verkehr	8,0	8,1	7,4	7,8
Dienstleistungsbereiche	11,2	9,5	12,8	9,6
Bruttoinlandsprodukt	10,8	8,2	10,1	8,5
	Anteile am Bruttoinlandsprodukt in %			
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	12,4	11,8	5,7	5,4
Übrige warenproduzierende Bereiche	44,5	44,8	54,5	54,7
Handel und Verkehr	19,1	19,1	19,6	19,5
Dienstleistungsbereiche	24,0	24,3	20,2	20,4
Bruttoinlandsprodukt	100	100	100	100

teilung haben, worüber leider z. Zt. länderweise noch keine Unterlagen vorliegen. Außerdem ist das Inlandsprodukt, auf der Grundlage der Arbeitsstätten eines Landes berechnet, nur dann sinnvoll der Bevölkerung zuzuordnen, wenn keine Erwerbstätigen außerhalb des Landes arbeiten oder keine Erwerbstätigen des Nachbarlandes im eigenen Arbeitsprozess eingeschaltet sind oder sich der Saldo zwischen Ein- und Auspendler etwa ausgleicht. In Schleswig-Holstein sind die je-Einwohner-Beträge bei einem Wohlstandsvergleich wegen des starken Auspendlerüberschusses als Mindestwerte zu betrachten.

Schleswig-Holstein hat im Jahre 1962 wie auch 1961 mit rund 5 000 DM nach Rheinland-Pfalz das geringste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner aufzuweisen. Ähnlich im Rückstand gegenüber dem Bund sind Niedersachsen und Bayern. Abgesehen von der bereits erwähnten Sonderstellung der Stadtstaaten Hamburg und Bremen,

Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen je Einwohner in den Bundesländern 1961 und 1962 (vorläufige Ergebnisse)

Jahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet ¹⁾
	DM									
1961	4 679	9 785	4 989	7 334	6 362	5 723	4 425	5 994	5 076	5 765
1962	5 013	10 425	5 400	7 918	6 742	6 160	4 774	6 424	5 494	6 173
	Meßzahlen (1950 = 100)									
1961	314	259	299	226	260	283	256	286	288	278
1962	337	275	324	244	276	305	276	306	312	298
	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %									
1961	9,6	6,4	10,0	3,4	7,9	9,0	8,5	9,4	8,6	8,2
1962	7,1	6,5	8,2	8,0	6,0	7,6	7,9	7,2	8,2	7,1
	Bundesgebiet = 100									
1961	81,2	169,7	86,5	127,2	110,4	99,3	76,8	104,0	88,0	100
1962	81,2	168,9	87,5	128,3	109,2	99,8	77,3	104,1	89,0	100

1) mit Saarland

hält Nordrhein-Westfalen mit einem je-Einwohner-Betrag von 6 700 DM die Spitze.

Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung des Landes bei einer vergleichsweise geringen Bevölkerungszunahme hat jedoch bewirkt, daß das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner gegen-

über 1950 in Schleswig-Holstein stärker zugenommen hat als in jedem anderen Bundesland.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Vergleiche auch: "Die monetäre und reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 1950 - 1959" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 340 (November)

Die Verwendung von Zug- und Antriebsmaschinen in der Landwirtschaft 1960

Zug- und Antriebsmaschinen wurden in allen Betrieben mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche erfragt. Ausnahme: Verbrennungsmotoren nur in Betrieben mit 2 und mehr ha Betriebsfläche. - Vergleiche auch Statistische Berichte C0/Landwirtschaftszählung 1960 - 3 vom 4. 7. 1962, Teil 1

Die Technisierung der Landwirtschaft, die um die Jahrhundertwende sehr langsam einsetzte, hat in den letzten 10 Jahren in eminenter Weise zugenommen. Der Zwang zur Rationalisierung und die Abwanderung von Arbeitskräften in andere Wirtschaftsbereiche sind die wichtigsten Gründe, die zum Ersatz des Produktionsfaktors Arbeit durch Kapital geführt haben, Maschinen sind heute zu unentbehrlichen Hilfsmitteln geworden, die die Arbeit erleichtern und beschleunigen, z. T. deren Qualität verbessern und die Arbeitsproduktivität der in der Landwirtschaft tätigen Menschen sehr wirkungsvoll steigern.

Die Voraussetzungen für einen rentablen Maschineneinsatz - ausreichende Einsatzflächen, genügend Arbeitsstunden - führen zwangsläufig dazu, daß bei einer durchschnittlichen Betriebsgröße in der Bundesrepublik von 7,7 ha LN (Schleswig-Holstein 18,7 ha LN) die überbetriebliche Maschinennutzung eine erhebliche

Rolle spielt. Erkenntnisse der Volks- und Betriebswirtschaft lassen andererseits keine Zweifel daran aufkommen, daß die Aufstockung der Betriebsflächen vielfach unumgänglich ist, um einen rationellen Maschineneinsatz zu ermöglichen.

Eine laufend fortschreitende technische Entwicklung, ein vielfältiges Angebot und vor allem hohe Kosten machen die Mechanisierung zu einem sehr schwierigen Problem, da die meisten Maschinen nur in einer kurzen Zeit des Jahres benutzt werden können, und ein notwendigerweise auf mehrere Produktionsrichtungen eingestellter Betrieb einen umfangreichen Maschinenpark besitzen muß. Alle Verwendungsformen der Maschinen haben Vor- und Nachteile, auf die nicht näher eingegangen werden soll. So eignen sich z. B. einige Maschinen besonders für den Eigenbesitz, da sie häufig eingesetzt werden, andere mehr für den überbetrieblichen Einsatz, da sie entweder Spezialkenntnisse erfordern oder nur bei größerer Fläche rentabel sind. In der Landwirtschaftszählung (LZ) 1960 wurde die Maschinenverwendung wie folgt erfragt:

1. Betriebseigene Maschinen:
 - 1.1. im Alleinbesitz der Betriebe
 - 1.2. im gemeinschaftlichen Besitz mit mehreren Betrieben
2. Betriebsfremde Maschinen:
 - 2.1. im Lohnverfahren oder auf genossenschaftlicher Grundlage
 - 2.2. in Nachbarschaftshilfe

Die im Rahmen der LZ 1960 durchgeführte Maschinenzählung vermittelt einen Überblick über die Maschinenverwendung. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949 ist nur bedingt möglich, da die Fragestellung teilweise voneinander abweicht und die technische Verbesserung außerdem berücksichtigt werden müßte.

Vierrad- und Kettenschlepper

Dem Schlepper fällt die zentrale Stellung in der Mechanisierung zu. War der alte Landbaumotor noch eine rein zweckgebundene Arbeitsmaschine, so entwickelte sich aus dieser der Zugschlepper, der die tierische Zugkraft in Arbeitsspitzen und bei schwersten Arbeiten ersetzen sollte. Erst mit der Erfindung des Krafthebers und damit der Anbaugeräte wurde durch die Motorisierung die Mechanisierung im weitesten Sinne in der Landwirtschaft eingeleitet. Der Bestand an betriebseigenen Schleppern war 1960 fast achtmal größer als 1949. Anfangs führte die Furcht vor Druckschäden auf dem Acker zur Anschaffung vieler kleiner Schlepper. Diese konnten den Anforderungen der laufend verbesserten großen Erntemaschinen aber nicht gerecht werden; außerdem erwies sich die Gefahr der Druckschäden als nur gering, wenn man zur Bearbeitung die richtige Zeit wählte und ausreichend breite Reifen verwendete.

Schlepperbestand nach Leistungsklassen

Nennleistung	1949 ¹⁾		1953		1955		1960	
	Ma-schi-nen	%	Ma-schi-nen	%	Ma-schi-nen	%	Ma-schi-nen	%
bis 12 PS	114	2	930	7	1 973	9	2 676	7
13 - 17 PS	756	16	2 397	18	4 120	19	6 720	17
18 - 24 PS	1 869	38	3 863	30	6 793	31	13 009	34
25 - 34 PS	1 081	22	4 594	35	7 067	33	11 886	31
35 PS u. m.	1 048	22	1 309	10	1 726	8	4 265	11
Insgesamt	4 868	100	13 093	100	21 679	100	38 556	100

1) andere Einteilung der Nennleistung:
 bis 10 PS (einschl. Einachsschlepper)
 11 - 18 PS
 19 - 25 PS
 26 - 35 PS
 36 PS und mehr

In den letzten Jahren wurden wieder relativ mehr Schlepper der mittleren und größeren Klassen angekauft. 34% aller betriebseigenen Schlepper hatten 1960 eine Nennleistung von 18 - 24 PS, 31% eine von 25 - 34 PS. Im Vergleich zu einigen anderen Bundesländern ist der

Anteil der schweren Schlepper über 25 PS in Schleswig-Holstein mit 42% am höchsten (in Rheinland-Pfalz hatten nur 14,7% aller Schlepper eine Nennleistung von mehr als 25 PS, in Bayern nur 18,2% aller Schlepper).

In Schleswig-Holstein setzten rund 50% aller Betriebe mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche einen eigenen Schlepper ein, so daß auf einen Schlepper 30 ha LN entfallen. Betriebe von 30 und mehr ha LN arbeiten fast alle mit Schleppern. Mit steigender Betriebsgröße nimmt auch die Verwendung der schweren Schlepper zu, weil hier die leistungsfähigen Großmaschinen hohe Ansprüche an die Zugkraft stellen; die Schlepper mit geringer Nennleistung sind dort vorwiegend als Zweit- und Drittschlepper für leichtere Pflegearbeiten eingesetzt. 85% aller Schlepper mit 35 und mehr PS, 62% der 25 - 34 PS großen Schlepper und nur 21% der Schlepper mit einer Nennleistung bis 12 PS befinden sich in den Betrieben mit 30 und mehr ha LN.

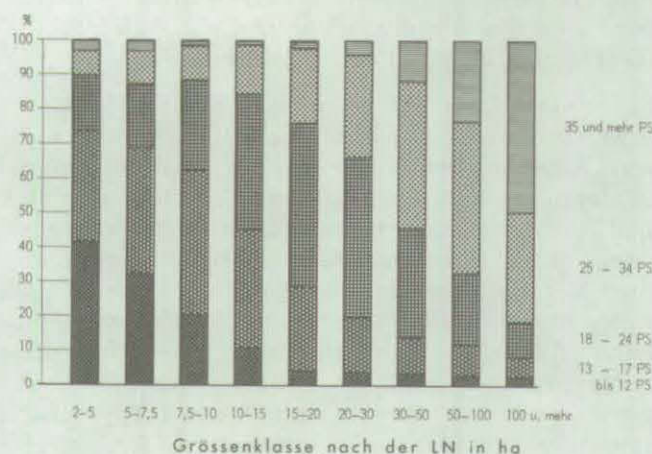
Verwendung von betriebseigenen Vierrad- und Kettenschleppern (einschl. Geräteträger) nach Betriebsgrößenklassen

Größenklasse in ha LN	Land- und forstw. Betriebe insg.	darunter Betriebe mit Verwendung von Schleppern					
		insgesamt	bis 12 PS	13 bis 17 PS	18 bis 24 PS	25 bis 34 PS	35 PS und mehr
unter 2	12 437	2,4	1,1	0,5	0,4	0,4	0,2
2 - 5	8 159	14,6	6,2	4,8	2,4	1,0	0,4
5 - 7,5	3 565	27,4	9,1	10,2	5,2	2,7	0,7
7,5 - 10	3 155	36,8	7,6	15,6	9,7	3,7	0,6
10 - 15	6 330	52,6	5,7	18,6	21,1	7,5	0,6
15 - 20	6 840	68,2	3,1	17,4	33,4	15,1	1,4
20 - 30	9 784	81,1	3,3	14,1	41,5	26,3	3,9
30 - 50	7 948	93,1	4,3	12,8	38,1	49,5	14,0
50 - 100	3 079	96,9	5,2	15,7	35,3	66,1	38,2
100 und mehr	572	96,5	9,6	22,2	34,8	76,4	84,3
Insgesamt	61 869	49,3	4,3	10,8	20,6	17,5	5,5

Betriebe unter 10 ha setzen nur zu 13% eigene - vorwiegend kleine - Schlepper ein (45% aller Schlepper unter 12 PS); das Pferd hat hier seine Bedeutung als Zugkraft noch nicht verloren. Schlepper in den Leistungsklassen 18 - 24 PS und von 25 - 34 PS befinden sich besonders in den Betriebsgrößen von 20 - 50 ha im Eigenbesitz (56 bzw. 57% dieser Gruppen). Betriebe bis 30 ha LN besitzen durchschnittlich nur einen eigenen Schlepper; während in der Größenklasse von 30 - 50 ha schon 133 Schlepper auf 100 Betriebe entfallen, steigt die Anzahl auf 185 und 433 Schlepper pro 100 Betriebe in den Größenklassen von 50 bis 100 ha und 100 und mehr ha LN.

Bei Betrachtung der regionalen Verteilung der Schlepper in Schleswig-Holstein ist festgestellt worden, daß in den Kreisen Eckernförde und Plön die meisten, nämlich 61 bzw. 60% aller Betriebe mit Schleppern arbeiten. Im Kreis

Vierrad- und Kettenschlepper nach Nennleistung in den einzelnen Betriebsgrößenklassen 1960



Eiderstedt dagegen besitzen nur 20% aller Betriebe einen eigenen Schlepper. Die durchschnittlich auf einen Schlepper entfallende LN beträgt in den Kreisen Eckernförde und Plön 28 ha, im Kreise Eiderstedt aber 67 ha. Diese geringe Schlepperdichte läßt sich dadurch erklären, daß der hohe Grünlandanteil (83% der LN) noch überwiegend extensiv genutzt wird, die Zugkraft deshalb außerordentlich gering gehalten werden kann.

3 043 Einachsschlepper sowie Motorhacken und Motorfräsen kommen in 4,2% aller Betriebe zum Einsatz. Insgesamt hatten 63% aller Maschinen eine Nennleistung bis zu 5 PS, während 37% mit einem größeren Motor versehen waren. Ihre Verwendung erstreckt sich besonders auf die Bodenbearbeitung in Spezialkulturen sowie in Kleinbetrieben unter 5 ha LN auch als Zugmaschine; in letzteren arbeiten 58% aller Einachsschlepper, die ebenfalls den relativ größten Anteil der über 5 PS starken Motoren haben. Im Kreis Pinneberg, dem bedeutenden Baumschulgebiet, besitzen 16% aller Betriebe einen eigenen Einachsschlepper. In den kreisfreien Städten bedingt der Frischgemüseanbau einen hohen Besatz (13 - 22%). Als zusätzliche Einrichtung haben 11,5% der Maschinen ein Mähwerk (nur in Betrieben mit 2 und mehr ha Betriebsfläche erfragt); diese sind vornehmlich in Betrieben von 30 und mehr ha LN vorhanden.

Die Verwendung von betriebseigenen Einachsschleppern

Einachsschlepper	Betriebe	Maschinen	
		Anzahl	%
bis 5 PS	1 780	1 911	63
über 5 PS	1 073	1 132	37
Insgesamt	2 605	3 043	100

Die Sonderausrüstung der Vierrad- und Kettenschlepper¹

Als Grundausrüstung für die Verwendung von Anbaugeräten war 1960 an 48% aller Schlepper eine Hydraulik vorhanden; in den Betrieben unter 10 ha war der Anteil aber erheblich niedriger. In der kreisfreien Stadt Flensburg hatten 70%, im Kreis Südtondern 65% der Schlepper einen Kraftheber; in Neumünster waren es nur 24% und in Oldenburg 38%.

Sonderausrüstung der betriebseigenen Vierrad- und Kettenschlepper nach Betriebsgrößenklassen

Größenklasse in ha LN	Betriebs- eigene Schlepper	darunter mit					
		Anbau- mähwerk		Hydraulik		Anbaulader	
		An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%
unter 2	313	20	.	21	.	4	.
2 - 5	1 212	431	35,6	230	19,0	6	0,5
5 - 7,5	1 004	404	40,2	270	26,9	9	0,9
7,5 - 10	1 175	527	44,9	363	30,9	12	1,0
10 - 15	3 414	1 619	47,4	1 374	40,2	30	0,9
15 - 20	4 837	2 482	51,3	2 321	48,0	72	1,5
20 - 30	8 833	4 551	51,5	4 601	52,1	209	2,4
30 - 50	9 844	4 578	46,5	5 164	52,5	439	4,5
50 - 100	5 535	2 284	41,3	2 993	54,1	437	7,9
100 und mehr	2 389	676	28,3	1 093	45,8	243	10,2
Insgesamt	38 556	17 572	45,6	18 430	47,8	1 461	3,8

Die Angaben über die Sonderausrüstung der Vierrad- und Kettenschlepper sind nur für Betriebe mit 2 und mehr ha Betriebsfläche erfragt, die Zahl der betriebseigenen Schlepper enthält jedoch auch die Zugmaschinen der Betriebe von 0,5 bis unter 2 ha Betriebsfläche. Die Auswirkungen auf die in den Summenzeilen ausgewiesenen Prozentzahlen sind sehr gering.

46% aller Schlepper waren mit einem Anbaumähwerk ausgerüstet; in der Größenklasse von 100 und mehr ha LN hatten, bedingt durch den Einsatz mehrerer Schlepper pro Betrieb, nur 28% diesen Zusatz. Im Kreis Eiderstedt, der absolut relativ die geringste Schlepperdichte aufweist, sind 70% aller Schlepper mit Anbaumähwerken versehen; er steht damit in Schleswig-Holstein an der Spitze aller Kreise. Die kreisfreie Stadt Flensburg und der Kreis Oldenburg weisen dagegen mit 30 und 32% die geringsten Anteile auf. Eine Beziehung zwischen Hydraulik und Anbaumähwerken ist nicht festzustellen, da bei alten Maschinen die Handaushebung noch vorherrscht; bei neuen Schleppern wird das Mähwerk vorwiegend hydraulisch betätigt.

Front- und Hecklader, die eine hydraulische Einrichtung am Schlepper voraussetzen, sind bei 3,8% aller Schlepper vorhanden. Betriebe mit 50 und mehr ha LN verwenden diese Einrichtung bei fast 9% ihrer Schlepper. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist dies ein hoher Anteil. Erleichterungen der schweren Ladearbeiten durch die oben erwähnten 1 461

¹⁾ nur in Betrieben mit 2 und mehr ha Betriebsfläche erfragt

Anbaulader werden außerdem noch durch die später zu erwähnenden Feldhäcksler und Pickup-Lader und -Pressen erzielt.

Elektro- und Verbrennungsmotoren

Als zusätzliche Antriebsmaschine bedient man sich in der Landwirtschaft der Elektro- und Verbrennungsmotoren. Erstere finden besonders in der Innen- und Hofwirtschaft Verwen-

dung, während letztere in landwirtschaftliche Arbeitsmaschinen eingebaut sind (z. B. Mäh-drescher, Hack- und Drillmaschinen); Schlepper werden hier jedoch nicht mit erfaßt. In der Zahl der Elektromotoren sollten alle, einschließlich der in landwirtschaftlichen Maschinen (jedoch nicht in Haushalts- und Melkmaschinen) ein- oder angebauten Motoren angegeben werden. Dies ist nicht immer befolgt worden, sodaß die Zahl der tatsächlich vorhandenen Elektromoto-ren noch etwas größer sein dürfte.

Elektro- und Verbrennungsmotoren nach Betriebsgrößenklassen

Größenklasse in ha LN	Elektro- motoren insgesamt	Elektromotoren mit einer Nennleistung von			Ver- brennungs- motoren ¹ insgesamt	davon	
		unter 1 PS	1 bis unter 6 PS	6 PS und mehr		Diesel- motoren	Benzin- motoren
		in %				in %	
unter 2	2 375	47,3	43,0	9,7	25	32,0	68,0
2 - 5	2 796	37,3	49,8	12,9	135	34,8	65,2
5 - 7,5	2 371	32,4	51,4	16,2	59	45,8	54,2
7,5 - 10	3 208	30,5	49,2	20,3	59	20,3	79,7
10 - 15	10 001	27,9	48,7	23,4	136	22,8	77,2
15 - 20	14 822	25,8	48,0	26,3	262	22,5	77,5
20 - 30	26 273	24,0	48,0	28,0	662	20,5	79,5
30 - 50	26 792	22,5	49,4	28,2	987	23,3	76,7
50 - 100	13 666	20,2	51,5	28,3	753	35,6	64,4
100 und mehr	5 710	19,1	55,0	25,9	587	52,3	47,7
Insgesamt	108 014	24,7	49,3	26,0	3 665	30,7	69,3

1) nur in Betrieben mit 2 und mehr ha Betriebsfläche erfragt

Im Vergleich zu 1949 erhöhte sich die Zahl der Elektromotoren um 88%, die Zahl der Verbrennungsmotoren um 117%. 61% aller Betriebe verwendeten 1960 Elektromotoren, bei den Betrieben mit 20 und mehr ha LN betrug der Anteil sogar 95%; die Einsatzhäufigkeit in der Innenwirtschaft ist hier also sehr viel größer als in Kleinbetrieben, die nur relativ wenig Motoren einsetzen. Betriebe unter 10 ha mit Einsatz von Elektromotoren hatten 1,6 Motoren je Betrieb, der Bestand stieg auf 3,2 Motoren in der Größenklasse von 20 - 50 ha und auf 10,5 Motoren in Betrieben mit 100 und mehr ha LN. Von den ermittelten Elektromotoren weisen 25% eine Nennleistung von unter 1 PS und 26% eine solche von über 6 PS auf; mit 49% ist die dazwischen liegende Gruppe am stärksten verbreitet, ihr Anteil ist in allen Größenklassen ziemlich konstant. Mit zunehmender Betriebsgröße nimmt der Anteil der Motoren unter 1 PS ab, der Anteil der über 6 PS starken Motoren aber zu.

Elektromotoren unter 1 PS	-	26 685 Maschinen
" 1 bis unter 6 PS	-	53 204 "
" 6 PS und mehr	-	28 125 "
" insgesamt	-	108 014 "

Dort wo ein elektrischer Anschluß nicht mehr möglich ist, haben die Verbrennungsmotoren - in Betrieben mit 2 und mehr ha Betriebsfläche erfragt - ihre Bedeutung; allerdings wurden sie

nur in etwa 6% aller Betriebe verwendet. Ihr Einsatz ist erwartungsgemäß am häufigsten in Großbetrieben, da Großmaschinen mit Aufbau- und Zusatzmotoren hier bevorzugt im Eigenbesitz vorhanden sind. Nur in der Größenklasse von 100 und mehr ha LN werden mehr Dieselmotoren als Benzinmotoren benutzt, während in den übrigen Größenklassen Benzinmotoren bevorzugt werden. Von insgesamt 3 665 Verbrennungsmotoren benötigen 31% Dieseldieselkraftstoff zu ihrem Antrieb, während 69% mit Benzin angetrieben werden.

Der überbetriebliche Einsatz der Zug- und Antriebsmaschinen²

Hohe Kosten für Maschinenanschaffungen machen diese für Kleinbetriebe zu einem schwerwiegenden Problem. Deshalb bietet sich die überbetriebliche Nutzung als kostensenkende Maßnahme an. Unter überbetrieblicher Verwendung versteht man:

1. Verwendung von Maschinen in gemeinschaftlichem Besitz mit anderen Betrieben
2. Einsatz eines Lohnunternehmens oder einer Maschinen-genossenschaft
3. Nachbarschaftshilfe

2) vergleiche auch Statistische Berichte C0/Landwirtschaftszählung 1960 - 3 vom 29. 5. 1963, Teil 2

Obwohl der Schlepper, der häufig gebraucht wird, sich weniger für den Einsatz in mehreren Betrieben eignet, bedienen sich doch 10% aller Betriebe dieser Einrichtungen.

373 Vierrad- und Kettenschlepper und 42 Einachsschlepper befinden sich im gemeinschaftlichen Besitz von 806 Betrieben. Darunter waren 729 Betriebe an Schleppergemeinschaften mit zwei, 62 Betriebe an Schleppergemeinschaften mit drei und 104 Betriebe an Schleppergemeinschaften mit vier und mehr Betrieben beteiligt. Die meisten Gemeinschaftsschlepper werden von Betrieben zwischen 10 und 50 ha LN gehalten. Sie bevorzugen die Schlepper mit einer Nennleistung von 18 - 34 PS, die auch bei den betriebseigenen Maschinen den größten Anteil einnahmen.

Einachsschlepper kommen überbetrieblich nur in 365 Betrieben zum Einsatz. Elektromotoren, zum größten Teil mit 6 und mehr PS, sind in

1 833 vorwiegend über 10 ha großen Betrieben in gemeinschaftlichem Besitz (3% aller Betriebe). Beiden Verbrennungsmotoren haben die Dieselmotore den bedeutendsten Anteil, sie werden von 198 Betrieben gemeinsam genutzt; Benzinmotore dagegen nur von 84 Betrieben.

Die Nachbarschaftshilfe und das Lohnverfahren werden besonders von 2 - 5 ha großen Betrieben in Anspruch genommen; hier wird vielfach im Nebenerwerb Landwirtschaft betrieben. Im Lohnverfahren verwenden 2 059 Betriebe Vierrad- und Kettenschlepper und 200 Betriebe Einachsschlepper, in Nachbarschaftshilfe sind es 3 029 bzw. 93 Betriebe, die eine betriebsfremde Zugmaschine einsetzen.

Dipl.-Landw. Claus-Dirks Peters

Vergleiche auch: "Betriebseigene Zug- und Antriebsmaschinen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 273 (Mai)

Die Gebäude und Wohnungen in Schleswig-Holstein - Ergebnisse der Gebäudezählung vom 6. Juni 1961 -

Im Oktoberheft dieser Zeitschrift¹ sind die Wohngebäude Schleswig-Holsteins unter dem Gesichtspunkt einer qualitativen Abstufung betrachtet worden. Die dort dargestellten Ergebnisse sind verständlicher, wenn sie in den Gesamtrahmen der Gebäudezählung gestellt werden. Ausgehend von dem Bestand an bewohnten Gebäuden und Wohnungen und den Veränderungen gegenüber 1950, sind die Siedlungsstruktur (die Zusammensetzung nach den Gebäudearten) und das Baualter der Gebäude der sinnvolle Hintergrund für die richtige Einschätzung von Qualitätsangaben. In engem Zusammenhang damit steht auch die abschließende Frage nach den Eigentümern.

50% mehr Wohnungen als 1950

In Schleswig-Holstein gab es am 6. Juni 1961 rund 346 000 Wohngebäude mit 662 000 Wohnungen. Verglichen mit dem Ergebnis der Volkszählung 1950 hat sich der Bestand an Wohngebäuden um über ein Drittel, der Bestand an Wohnungen um fast die Hälfte erhöht. Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins hat dagegen in dem gleichen Zeitraum um rund 11% abgenommen.

Zu den Wohngebäuden kommen noch knapp 10 000 bewohnte Nichtwohngebäude mit 15 000 Wohnungen. Bei diesen Gebäuden ist gegenüber

Wohngebäude und Wohnungen, Unterkünfte und Wohngelegenheiten 1950 und 1961

Volkszählung	Wohngebäude		Bewohnte Nichtwohngebäude		Unterkünfte	
	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohngelegenheiten
1950	253 302	448 112	10 928	21 462	20 715	53 466
1961	345 752	661 555	9 421	14 953	16 265	28 497
Veränderung in %	+ 37	+ 48	- 14	- 30	- 21	- 47

1950 eine Abnahme um 14%, bei den Wohnungen eine um 30% festzustellen. Es dürfte sich hierbei heute in der Hauptsache um echte mit dem Betrieb oder der Anstalt zusammenhängende Dienstwohnungen handeln, wie z. B. Hausmeister- und Pförtnerwohnungen, und nicht mehr um zweckentfremdet belegte Wohnungen aufgrund der Wohnungsnot der ersten Nachkriegszeit.

Noch mehr sind die Unterkünfte (früher Notwohngebäude) aus dem Siedlungsbild Schleswig-Holsteins verschwunden. Derartige Notgebäude gab es 1961 in Schleswig-Holstein 16 000 gegenüber 21 000 im Jahre 1950. Bei den Wohngelegenheiten (früher Notwohnungen) ist der Rückgang weit auffallender. Von den 1950 festgestellten 54 000 Wohngelegenheiten sind nur 28 000 übriggeblieben, das sind um fast die Hälfte weniger.

¹) Vergleiche auch: "Die Qualität der Wohngebäude in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 295 (Oktober)

Eiderstedt ist der ländlichste Kreis

Das Mehrfamilienhaus und das Ein- und Zweifamilienhaus halten sich hinsichtlich ihres Anteils an den Wohnungen im Land insgesamt etwa die Waage. Beide Gebäudearten zusammen stellen annähernd 91% der 662 000 Wohnungen in Wohngebäuden. Die restlichen Wohnungen gehören zu bäuerlichen Betrieben oder zu Nebenerwerbs- und Kleinsiedlerstellen.

Die Wohnungen nach der Gebäudeart
- 6. Juni 1961 -

Gebäudeart	Wohnungen					
	in Schleswig-Holstein		in den kreisfreien Städten		in den Kreisen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ein- u. Zweifamilienhäuser	305 538	46	48 691	24	256 847	56
Mehrfamilienhäuser	294 186	44	155 561	75	138 625	30
Bauernhäuser ¹⁾	61 831	9	2 685	1	59 146	13
Insgesamt	661 555	100	206 937	100	454 618	100

1) Bauernhäuser einschl. Kleinsiedler- und Nebenerwerbsstellen

Die Siedlungsform ist natürlich in den kreisfreien Städten weniger aufgelockert als in den Kreisen. Hier befinden sich 75% der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. In ihrem Anteil an Wohnungen in Mehrfamilienhäusern gleichen sich die Stadtkreise Flensburg und Kiel (82% und 83%) einerseits und Lübeck und Neumünster (66% und 67%) andererseits. Bei den Kreisen ist die Streuung wesentlich größer. Der "ländlichste" Kreis ist Eiderstedt (12%) und der "städtischste" Kreis ist Pinneberg (41%), gefolgt von Eutin und Steinburg (39%).

Jede zehnte Wohnung ist vor 1870 erbaut

Annähernd 100-jährige und ältere Wohnungen (vor 1870 erbaut) sind in Schleswig-Holstein noch relativ häufig anzutreffen. Mehr als jede zehnte Wohnung gehört dieser Altersgruppe an. Jede fünfte Wohnung ist in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg bis zur Währungsreform 1948

Die Wohnungen nach dem Baulter der Gebäude
- 6. Juni 1961 -

Baulter	Wohnungen					
	in Schleswig-Holstein		in den kreisfreien Städten		in den Kreisen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
vor 1870	77 625	12	10 047	5	67 578	15
1870 - 1900	108 635	16	31 377	15	77 258	17
1901 - 1918	113 617	17	44 140	21	69 477	15
1919 - 1948	135 557	20	47 819	23	87 738	19
1949 und später	226 121	34	73 554	36	152 567	34

gebaut worden. Jede dritte Wohnung liegt in einem Gebäude, das erstmals während der Zeit von 1948 bis zum Zählungstichtag bezogen worden ist. Ebenso groß ist aber auch der Anteil der Wohnungen, die zwischen 1870 und 1918 erbaut worden sind, wobei die Jahrhundertwende diese Altersgruppe etwa halbiert.

Ein Vergleich der kreisfreien Städte mit den Kreisen läßt erkennen, daß die Wohnungen aus jüngster Zeit (1949 und später erbaut) im Schnitt sowohl in den Städten als auch auf dem Lande gleich oft anzutreffen sind (36% bzw. 34%). Deutlich unterscheiden sich die kreisfreien Städte von den Kreisen aber bei den Gebäuden, die im Jahre 1900 und früher errichtet worden sind. Nur 20% der Wohnungen in den kreisfreien Städten, aber 32% in den Kreisen sind im vergangenen Jahrhundert gebaut worden. Die dazwischen liegenden Baualtersgruppen (1901 bis 1948) herrschen in den kreisfreien Städten ausgesprochen vor, während sie in den Kreisen gleich stark mit den ältesten und jüngsten Baualtersgruppen vertreten sind.

Die meisten Eigentümer sind Privatpersonen

Das Eigentum an den Wohngebäuden und Wohnungen liegt in Schleswig-Holstein zu 75% in den Händen von Privatpersonen. Mit einem Anteil von 14% an den Wohnungen folgen die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen und ländlichen Siedlungsgesellschaften. Etwa jede zwanzigste Wohnung gehört einem privaten Unternehmen, wozu auch die freien Wohnungsbauunternehmen zählen. Die öffentliche Hand tritt in etwas geringerem Ausmaß wie die privaten Unternehmen als Wohnungseigentümer in Erscheinung. Der verschwindende Rest der Wohnungen (1%) sind Eigentumswohnungen oder mit Dauerwohnrecht belegt.

Die Eigentümer der Wohnungen
- 6. Juni 1961 -

Gebiet	von 100 Wohnungen gehören ...				
	Privatpersonen	Privaten Unternehmen	Gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen	der öffentlichen Hand	Sonstigen Eigentümern ¹⁾
Kreisfreie Städte	62	9	24	4	1
Kreise	81	4	9	5	1
Schleswig-Holstein	75	6	14	4	1

1) einschl. Eigentumswohnungen

Hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse besteht der wesentliche Unterschied zwischen den kreisfreien Städten und den Kreisen darin, daß bei den Kreisen weit mehr Privatpersonen Eigen-

tümer von Wohnungen sind, während in den kreisfreien Städten die gemeinnützigen Wohnungsbaunternehmen größere Bedeutung haben.

Die privaten Wohnungseigentümer bestehen fast zu 10% aus Erbengemeinschaften und privaten Personengemeinschaften. Die stärkste Gruppe der privaten Einzeleigentümer gehört der so-

zialen Stellung der Selbständigen an. Auf sie entfallen über ein Drittel der Wohnungen aller privaten Eigentümer. Sozialversicherungsrentner und Pensionäre sind mit 19%, Arbeiter mit 15% und Angestellte und Beamte mit 10% am Wohnungseigentum beteiligt.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Die Wohnraumvergaben 1952-1962

Von 1952 bis 1962, also in einer Zeit, wo die staatliche Wohnungsbaupolitik ihre Hauptaufgabe in der Beseitigung des Wohnungsnotstandes der Nachkriegszeit gesehen hat, sind die Erstvergaben der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen des sozialen Wohnungsbaues statistisch erfaßt worden. Die Blickrichtung dieser Statistik zielte im wesentlichen auf die Geschädigten des Krieges ab um festzustellen, in welchem Ausmaß sie bei der Zuteilung der mit Steuermitteln und aus dem Lastenausgleichsfonds zusätzlich finanzierten Wohnungen berücksichtigt worden sind. Mit zunehmender Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft ist im allgemeinen Einvernehmen ab 1963 die Wohnraumvergabestatistik eingestellt worden. Ein Rückblick auf ihre Ergebnisse soll offenlegen, was die staatliche Wohnungsbaupolitik unter der genannten Zielsetzung erreicht hat.

Im Schnitt der elf Jahre wurden rund 90% der neuerbauten Wohnungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues als Vergabefälle

erfaßt. Bei dem Rest handelt es sich in der Hauptsache um Fälle, wo wegen Bindung der Wohnungen an bestimmte Personen das zuständige Wohnungsamt allenfalls Kenntnis von dem Bezug der "Sozialwohnungen" bekommen hat, aber nicht selbst tätig geworden ist.

75% der "Sozialwohnungen" für Geschädigte des Krieges

In den elf Jahren seit 1952 sind für den Bau von rund 140 000 Wohnungen¹, zum Teil auch in Form von Eigenheimen, öffentliche Mittel eingesetzt worden. Nur jede vierte dieser Wohnungen ist von dem zuständigen Wohnungsamt einem im Sinne der Kriegsfolgengesetzgebung nicht bevorrechtigten Wohnungsbewerber zugewiesen worden. Die Hauptmasse der Sozialwohnungen, nämlich 75%, wurden ein neues Heim für Vertriebene, Zugewanderte aus der so-wjetisch besetzten Zone oder für Kriegssachgeschädigte.

Die Vergabe von "Sozialwohnungen" nach Bevölkerungsgruppen 1952 - 1962

		Ins-gesamt	davon				Sonstige
			Geschädigte des Krieges	davon ¹			
				Ver-triebene	Zuge-wanderte	Sachge-schädigte	
Vergaben	Anzahl	130 000	96 000	80 000	4 000	12 000	34 000
	in %	100	74	62	3	9	26
darunter für Einzelpersonen	in %	8	8	8	6	11	7
Personen	Anzahl	412 000	302 000	256 000	12 000	34 000	110 000
	in %	100	73	62	3	8	27
Räume	Anzahl	467 000	339 000	285 000	14 000	40 000	128 000
	in %	100	73	61	3	9	27
Personen je Vergabe		3,2	3,1	3,2	3,0	2,8	3,2
Räume je Vergabe		3,6	3,5	3,5	3,5	3,3	3,8

1) bei Kombination mehrerer Schadensarten wurde die Vergabe nur einer Geschädigtengruppe zugeordnet, und zwar in der Reihenfolge Vertriebene, Zugewanderte, Sachgeschädigte

Die stärkste Gruppe der Geschädigten des Krieges waren bei der Zuteilung von Wohnungen des sozialen Wohnungsbaues die Vertriebenen. Für sie allein wurden über 60% der Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt. Die Kriegssachgeschädigten waren mit knapp 10%, die Zugewander-

ten mit rund 3% an der Vergabe von Sozialwohnungen beteiligt. In eine neu erbaute "Sozialwohnung" sind von den Wohnungsämtern in der Hauptsache Familien eingewiesen worden. Nicht

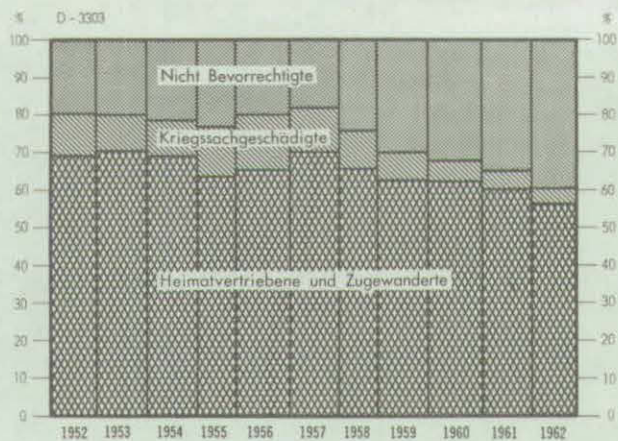
1) geschätzte Zahl, da für 1952 kein erhobener Wert vorliegt

ganz jede zehnte dieser Wohnungen (8%) wurde von Alleinstehenden bezogen. Relativ hoch (11%) war der Anteil der Alleinstehenden bei den Kriegssachgeschädigten, relativ niedrig (6%) bei den Zugewanderten. Das Letztere ist verständlich, da bei dieser Gruppe die Familienzusammenführung eine wesentliche Rolle gespielt hat.

Im Schnitt hatten die von den Wohnungsämtern erstmals vergebenen "Sozialwohnungen" etwa 3 1/2 Räume bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 3,2 Personen. Die vergebenen Wohnungen waren also so groß, daß für jede Person der eingewiesenen Haushalte mindestens ein Raum - die Küche eingeschlossen - zur Verfügung stand. Nennenswerte Unterschiede in der durchschnittlichen Haushaltsgröße der eingewiesenen Familien bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen liegen im allgemeinen nicht vor. Nur die Kriegssachgeschädigten fallen durch ihre geringe Zahl von Personen je Vergabefall etwas aus dem Rahmen. Bei der Raumzahl der vergebenen Wohnungen fällt auf, daß die von "nicht bevorrechtigten" Wohnungsbewerbern bezogenen Wohnungen im Schnitt etwas größer waren.

Betrachtet man die Jahre des behandelten Zeitraumes einzeln, so zeigt sich, daß bei der Vergabe von Sozialwohnungen die bevorrechtigten Bevölkerungsgruppen in den ersten Jahren bis 1957 wesentlich stärker berücksichtigt worden sind als in den nachfolgenden Jahren. Gegenüber rund 80% bevorrechtigter Wohnungsbewerber in dem erstgenannten Zeitraum sank

DIE VERTEILUNG DER SOZIALWOHNUNGEN 1952 - 1962



dieser Anteil bis 1962 stetig auf 60% ab. Bei den verhältnismäßig wenigen, in Sozialwohnungen eingewiesenen Zugewanderten schwankt der Grad der Berücksichtigung in den einzelnen Jahren unregelmäßig zwischen 1% und 4%. Am stärksten ist der Rückgang bei den Kriegssachgeschädigten: von 15% im Jahre 1956 verblieben ihnen 1962 nur noch 4% der Wohnungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues. Die nicht bevorrechtigten Bevölkerungsgruppen verdoppelten dagegen ihren Anteil an der Zuteilung der "Sozialwohnungen", und zwar von 20% auf 40%.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Studenten der Universität in Kiel 1957 bis 1963

Im Sommersemester 1963 waren an der Universität in Kiel 6 157 deutsche und ausländische Studenten immatrikuliert. In dieser Zahl sind die Beurlaubten und die Gasthörer nicht enthalten. Es fehlen außerdem die Ausländer, die das Studienkolleg besuchen. Die Zahl der Studenten hat sich gegenüber dem Sommersemester 1957 beinahe verdoppelt; gegenüber dem Sommer 1962 ist sie fast unverändert geblieben. Die Zahl der Studienanfänger - als Anzeiger der weiteren Entwicklung - ist seit einigen Semestern leicht rückläufig. Es ist zu vermuten, daß sich diese Tendenz infolge der absinkenden Abiturientenzahl fortsetzen wird. Die Jugendlichen, die in den nächsten Jahren die Reifeprüfung ablegen werden, sind um Kriegsende geboren und gehören somit schwachbesetzten Jahrgängen an. Die Zahl der Studenten wird daher in den kommenden Semestern kaum noch weiter ansteigen. Das ist eine Aussage, die nicht nur für die hiesige Hochschule zutreffen wird.

Die Zahl der Studenten in den einzelnen Fachrichtungen hat sich in den vergangenen Jahren recht unterschiedlich entwickelt. Im Zeitraum 1957 bis 1963 - hierbei sind nur die Sommersemester berücksichtigt - studierten in Kiel durchschnittlich 99 Studenten je Semester evangelische Theologie. Die niedrigste Zahl gab es im Sommer 1959 mit 74 Studenten und die höchste im Sommer 1961 mit 118 Studenten. In den vorstehenden Zahlen sind jedoch die Studenten, die zur Philosophischen Fakultät gehören und das Studienfach Religionslehre belegt hatten, nicht enthalten. Die Zahl der Frauen, die Theologie studieren, ist niedrig. Sie lag in den letzten vier Sommersemestern bei 15. Noch geringer ist die Zahl der Ausländer (höchstens 3).

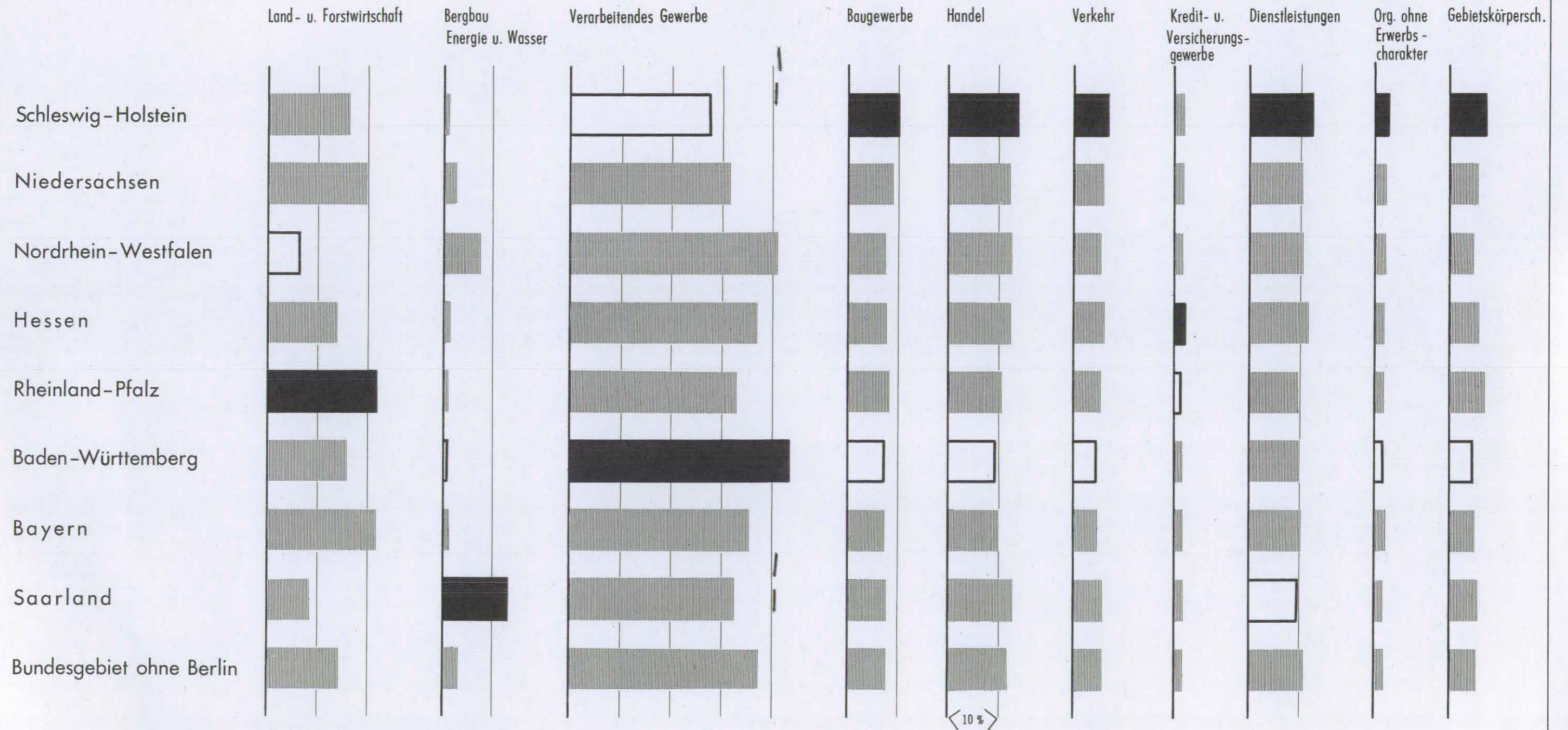
Die Zahl der Studenten, die allgemeine Medizin studieren, ist ständig angewachsen und hat sich seit 1957 fast verdoppelt. Unter den 1 343 Medizinstudenten des vergangenen

WIRTSCHAFTSSTRUKTUR DER LÄNDER

Die Anteile der Wirtschaftsabteilungen an den Erwerbspersonen



1961



< 10 % >

Sommers befanden sich 358 Frauen; das entspricht einem Anteil von 27%. Die Zahl der Ausländer nimmt seit einigen Semestern ab und ist von 241 im Sommer 1960 bis auf 197 im Sommer 1963 zurückgegangen. Damit verringerte sich der Anteil an allen Medizinstudenten von 19% auf 15%.

Die Zahl der Studenten der Zahnmedizin hat sich seit 1957 nur wenig erhöht. Das hängt zum Teil - diese Schwierigkeit gibt es auch bei einigen anderen Fachgebieten - mit der be-

schränkten Zahl an Arbeitsplätzen zusammen. Im Sommer 1963 waren unter den 227 Zahnmedizinern 55 Ausländer. Vor einigen Jahren ist der Anteil der Ausländer in diesem Fachgebiet wesentlich größer gewesen. In den Sommersemestern 1957 und 1958 gab es in Kiel sogar mehr ausländische Studenten der Zahnmedizin als einheimische. Bei den Frauen ist das Zahnmedizinstudium immer beliebter geworden. Ihr Anteil an allen Zahnmedizinern ist in den letzten sieben Sommersemestern von 17% auf 30% angewachsen.

Studierende an der Universität in Kiel in den Sommersemestern 1957 bis 1963

Fachrichtung	Deutsche und ausländische Studenten ¹ im Sommersemester							Veränd. 1963 geg. 1957 in %
	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	
Evangelische Theologie	108	89	74	103	118	101	101	- 6
Allgemeine Medizin	676	918	1 151	1 265	1 282	1 318	1 343	+ 99
Zahnmedizin	186	214	229	245	260	252	227	+ 22
Pharmazie	100	106	122	125	123	122	125	+ 25
Rechtswissenschaft	734	925	913	802	697	660	618	- 16
Wirtschaftswissenschaften	251	343	391	509	511	540	507	+ 102
Kulturwissenschaften	696	934	1 287	1 588	1 738	1 815	1 851	+ 166
Naturwissenschaften	551	691	863	981	1 127	1 215	1 235	+ 124
Landwirtschaft	77	89	109	115	157	182	150	+ 95
Insgesamt	3 379	4 309	5 139	5 733	6 013	6 205	6 157	+ 82

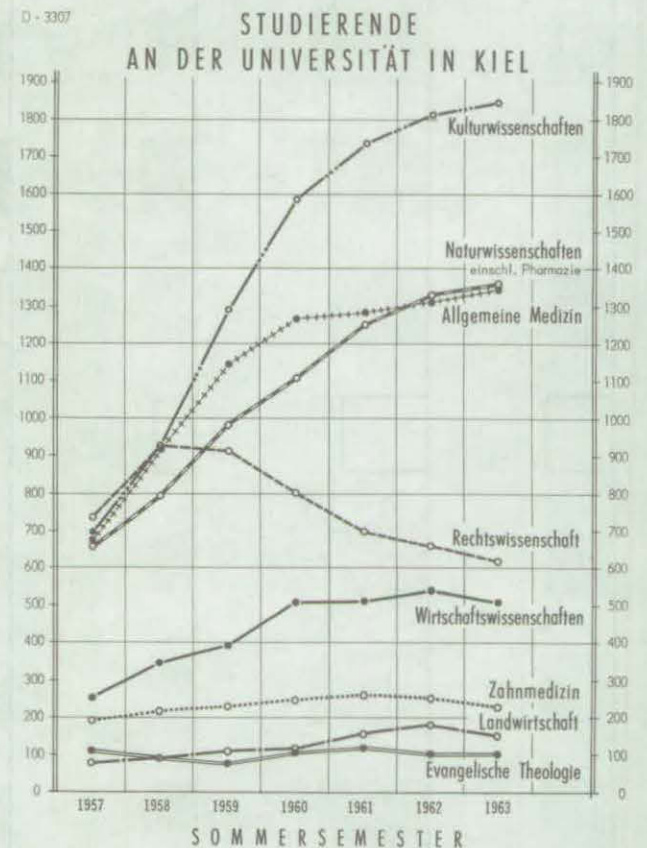
1) ohne Beurlaubte und Gasthörer sowie ohne Ausländer, die das Studienkolleg besuchen

Pharmazie ist ein Studiengebiet mit einer ziemlich konstanten Studentenzahl. Auch in diesem Bereich spielt die beschränkte Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze eine wesentliche Rolle. Die Zahl der Studenten (1963 : 59) und die der Studentinnen (1963 : 66) halten sich hier ungefähr die Waage. Ausländer kommen kaum vor.

Die Rechtswissenschaft ist die einzige Fachrichtung, in der die Studentenzahl in den letzten Jahren erheblich abgenommen hat. Im Sommer 1959 studierten noch 913 Studenten in Kiel Jura, 1963 waren es nur noch 618. Der Rückgang in diesem Zeitraum betrug damit 32%. Das Absinken der Zahl der Jurastudenten ist nicht nur in Kiel zu beobachten. Im Bundesgebiet studierten im Sommer 1959 19 429 und im Sommer 1962 nur noch 17 281 Studenten Jura. Der Anteil der Frauen bei den Juristen betrug im letzten Sommer 9%. Die Zahl der Ausländer war in allen Semestern gering.

Die Zahl der Studenten der Wirtschaftswissenschaften hat sich seit 1957 verdoppelt. Für diese Fachrichtung waren im Sommer 1963 507 Studenten eingeschrieben, darunter 60 Frauen. Der Anteil der Ausländer ist mit 6% in den letzten Jahren konstant geblieben.

Von den Studenten der Universität in Kiel gehören ungefähr 30% der Fachrichtung Kulturwissenschaften an. Die Kulturwissen-



schaften umschließen allerdings recht unterschiedliche Fächer, wie z. B. Philosophie, Pädagogik, Geschichte, Sprachen, Musik, Lei-

besübungen. Die Zahl der Studenten dieses Bereichs hat in den letzten Jahren sehr zugenommen. Die Veränderung 1963 gegenüber 1957 betrug +166%. Im Sommer 1963 waren 1 851 Studenten immatrikuliert. Der Anteil der Frauen ist dabei mit 45% überdurchschnittlich hoch. Der Anteil der Ausländer erreichte nur 2%.

Ein Fünftel der Studenten an der hiesigen Universität studiert Naturwissenschaften. Im Sommer 1963 sind es 1 235 Studenten gewesen; damit hat sich die Zahl der Studenten gegenüber 1957 mehr als verdoppelt (+ 124%).

Der Anteil der Frauen betrug 1963 14% und der der Ausländer 4%.

Die Fachrichtung Landwirtschaft hatte im Sommer 1963 150 Studenten, das sind 73 mehr als im Sommer 1957. Heute gibt es nur noch wenige Frauen, die Landwirtschaft studieren. Die Zahl der Ausländer ist dagegen von Jahr zu Jahr gestiegen. 1963 war ein Viertel der Studenten Ausländer.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheyo

Vergleiche auch: "Studierende an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 260 (November)

Die regionale Verteilung des Aufkommens an Kraftfahrzeugsteuer

In Schleswig-Holstein wurde nach den Sollkarten der Finanzämter in den Monaten Mai und Juni 1963 das örtliche Kraftfahrzeugsteueraufkommen festgestellt. Es wurden die zum Stichtag angemeldeten Fahrzeuge mit dem Steuerbetrag erfaßt, den ein Kraftfahrzeughalter zahlen müßte, wenn sein Kraftfahrzeug für das ganze Jahr 1963 zugelassen wäre. Für die Kreise Plön und Oldenburg (Holstein) war das Steuersoll bereits im Juni 1962 ermittelt worden. Aus Gründen der Kostenersparnis wurde davon abgesehen, die Erhebung für diese beiden Kreise 1963 noch einmal durchzuführen. Da im Laufe eines Jahres mit einer Erhöhung des Aufkommens um maximal 14% gerechnet werden kann, dürfte sich das Steuersoll für ganz Schleswig-Holstein nach dem Stande vom Juni 1963 nicht – wie in den folgenden Ausführungen angenommen wird – auf 77,1 Mill. DM, sondern auf etwa 77,8 Mill. DM belaufen haben. Der Unterschied von knapp 1% ist so gering, daß er vernachlässigt werden kann.

Die Frage nach dem örtlichen Aufkommen ist deshalb aktuell, weil im Zuge der sogenannten kommunalen Finanzreform Überlegungen darüber angestellt werden, ob und welche Steuern den Gebietskörperschaften überlassen werden können und in welcher Form dies gegebenenfalls erfolgen könnte. Wenn zur Beantwortung dieser Frage der folgende Beitrag dienen soll, so wird hierbei die nicht leicht zu lösende Frage nach der technischen Möglichkeit der regionalen Erfassung ausgeklammert.

Die Bedeutung der Kraftfahrzeugsteuer im Rahmen der Landessteuern wird durch folgende Angaben verdeutlicht:

	1950	1955	1962
Aufkommen in Mill. DM	14,7	27,2	73,9
in Meßzahlen (1955 = 100)	54	100	272
Anteil am Landessteueraufkommen	8,1	10,8	10,2

Die Kraftfahrzeugsteuer ist also eine verhältnismäßig ertragsreiche Landessteuer, deren Bedeutung in Zukunft indirekt noch dadurch wächst, daß die Anteile des Bundes an den Steuern vom Einkommen, die zur Zeit 35% betragen, erhöht werden. In der Reihenfolge sämtlicher Steuerarten steht die Kraftfahrzeugsteuer im Bundesgebiet wie auch in Schleswig-

Holstein an neunter Stelle. Ihr Aufkommen hat sich seit 1950 fast verfünffacht, seit 1957 verdoppelt. Diese Entwicklung ist kräftiger als die Bestandsveränderung an Kraftfahrzeugen, und zwar deshalb, weil die Autofahrer in steigendem Maße größere Wagen bevorzugen und weil viele Motorradfahrer auf Personenkraftwagen umgestiegen sind (siehe Stat. Monatsh. S.-H., Jg. 15, H. 8, S. 245 ff). Das hat dazu geführt, daß die durchschnittliche Belastung je Fahrzeug von 168 DM im Jahre 1955 auf 218 DM im Jahre 1962 stieg. Es kann unterstellt werden, daß sich bei unveränderten Steuersätzen das Aufkommen weiterhin kräftig entwickeln wird und somit die Kraftfahrzeugsteuer im Rahmen des gesamten Steueraufkommens mindestens ihre jetzige Bedeutung beibehalten wird.

Drei Zehntel des Aufkommens fällt in den vier kreisfreien Städten an, fast ebensoviel in den 1 277 kreisangehörigen Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern. Der Rest kommt in den Gemeinden mit mehr als 3 000 Einwohnern auf. Von Kreis zu Kreis ist das Aufkommen relativ konstant. Das höchste Aufkommen wurde im Kreis Segeberg (39,20 DM je Einwohner), das niedrigste im Kreis Plön (25,30 DM) festgestellt.¹ Das Aufkommen der Umlandgemeinden von kreisfreien Städten und von Hamburg gegenüber den übrigen etwa gleich großen Gemeinden ist nicht auffällig unterschiedlich. Auch das Aufkommen in den einzelnen Gemeindegrößenklassen schwankt um das durchschnittliche Aufkommen im Land (33 DM je Einwohner) nicht erheblich, wie die folgende Tabelle zeigt. Aus ihr kann entnommen werden, daß die Kraftfahrzeugsteuer in den einzelnen Gemeindegrößenklassen am wenigsten vom Landesdurch-

1) Wie schon erwähnt, wurde im Kreis Plön die Feststellung nach dem örtlichen Aufkommen bereits 12 Monate früher als in den übrigen Kreisen getroffen. Das Sollaufkommen dürfte sich im Mai/Juni 1963 etwa auf knapp 29 DM belaufen haben. Damit ist es immer noch das niedrigste unter den Kreisen Schleswig-Holsteins

Der Anstieg der Baupreise im Jahre 1962

Die ständige Übernachfrage auf dem Bausektor hat dazu geführt, daß sich von allen Gütern, die von der westdeutschen Volkswirtschaft erstellt werden, die Bauleistungen bei weitem am meisten verteuert haben. Der Anstieg der Baupreise wurde seit 1958 von Jahr zu Jahr immer größer. So erhöhte sich der "Index der Bauleistungen am Gebäude", der die durchschnittliche Preisentwicklung im Wohnungsbau des Bundesgebietes angibt, jeweils gegenüber dem Vorjahr

	100		
1958 um 3,1%	103,5	100	
1959 um 5,3%	108,6		100
1960 um 7,5%	116,7		
1961 um 7,6%	125,6		
1962 um 8,7%	136,5	124	115,7

In den vier Jahren 1959 bis 1962 verteuerte sich der Wohnungsbau insgesamt um 32,4% also um fast ein Drittel. Das heißt, wer 1958 für das Bauen eines Eigenheimes 60 000 DM aufgewendet hat, hätte vier Jahre später fast 80 000 DM dafür ausgeben müssen. In keinem anderen Wirtschaftsbereich wurden derartige Preissteigerungen beobachtet. Die Verbraucherpreise stiegen in der gleichen Zeit um 8,7% und die Erzeugerpreise industrieller Produkte nur um 3%.

Im Wohnungsbau erfaßt die amtliche Statistik vierteljährlich die Preise von 103 ausgewählten Bauleistungen. Es würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen, wenn er die Preisentwicklung aller Bauleistungen darstellen wollte. Deshalb enthält die nebenstehende Tabelle nur die Indices der 21 Bauarbeiten, zu denen man die 103 Bauleistungen zusammengefaßt hat. So gehören z. B. zu den Zimmerarbeiten die vier Bauleistungen: Dachverbandholz liefern, Dachverbandholz abbinden, Fußboden verlegen und Stockwerks-Treppenstufe liefern und einbauen. Aus der Tabelle kann man einerseits den Preisanstieg der Bauarbeiten 1961 und 1962 gegenüber 1958 ablesen und andererseits den Preisanstieg von 1962 gegenüber 1961.

In den vier Jahren 1959 bis 1962 haben sich die Anstricharbeiten (+ 45%), die Putz- und Stuckarbeiten (+ 43%), das Verlegen von Starkstromanlagen in Gebäuden (+ 40%) und die Mauerarbeiten (+ 39%) am meisten verteuert. Auch noch überdurchschnittliche Preiserhöhungen hatten die Erdarbeiten (+ 36%), die Betonwerksteinarbeiten (+ 36%) sowie die Beton- und Stahlbetonarbeiten (+ 34%). Mit Abstand am geringsten stiegen die Preise für Bodenbelagarbeiten (+ 6%). Dann folgen die Gas- und Wasserinstallationsarbeiten (+ 19%) und die Zimmerarbeiten (+ 20%). Die anderen Bauarbeiten haben Preiserhöhungen zwischen diesen Extremwer-

ten erfahren, also Erhöhungen um zwei bis drei Zehntel.

Im letzten Jahr (1962) sind wieder die Preise der Putz- und Stuckarbeiten, die Anstricharbeiten und die Mauerarbeiten, die sich schon in den vorigen Jahren besonders stark verteuert hatten, am meisten gestiegen. Die Preisindices dieser drei Bauarbeiten kletterten 1962 um 11%. Überdurchschnittlich teurer wurden im letzten Jahr außerdem die Betonwerksteinarbeiten, die Ofen- und Herdarbeiten, das Verlegen von Starkstromanlagen in Gebäuden und die Verglasungsarbeiten. Hier erhöhten sich die Preisindices um 10 und 9%. Am geringsten stiegen, wie auch in den Vorjahren, die Preise der Bodenbelagarbeiten.

Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet
- Indices einzelner Bauarbeiten -

Bauarbeiten	Indices 1958 = 100		Anstieg 1961 auf 1962 in %
	1961	1962	
Erdarbeiten	127,2	136,1	+ 7,0
Mauerarbeiten	126,0	139,2	+ 10,5
Beton- und Stahlbetonarbeiten	123,0	133,7	+ 8,7
Naturwerksteinarbeiten	122,3	131,4	+ 7,4
Betonwerksteinarbeiten	123,4	135,5	+ 9,8
Zimmerarbeiten	113,3	120,0	+ 5,9
Dachdeckungsarbeiten	114,5	124,1	+ 8,4
Klempnerarbeiten	116,3	124,7	+ 7,2
Putz- und Stuckarbeiten	128,3	142,7	+ 11,2
Fliesen- und Plattenarbeiten	114,9	123,8	+ 7,7
Tischlerarbeiten	120,0	128,7	+ 7,3
Schlosserarbeiten	120,6	130,0	+ 7,8
Verglasungsarbeiten	120,8	131,5	+ 8,9
Ofen- und Herdarbeiten	113,8	124,1	+ 9,1
Anstricharbeiten	130,9	145,2	+ 10,9
Tapezierarbeiten	122,4	132,3	+ 8,1
Bodenbelagarbeiten	104,3	106,0	+ 1,6
Zentralheizungsanlagen	116,8	124,3	+ 6,4
Gas- und Wasserinstallationsarbeiten	112,0	119,2	+ 6,4
Starkstromanlagen in Gebäuden	128,8	140,4	+ 9,0
Schwachstromanl. in Gebäuden	119,5	129,4	+ 8,3
Bauleistungen am Gebäude	121,8	132,4	+ 8,7

Wenn man hier einmal von den Preisen für die Baugrundstücke, die im Rahmen dieser Statistik nicht erfaßt werden, absieht, so waren an der Verteuerung des Wohnungsbaus vor allem die Preissteigerungen für das Mauern, Betonieren, Verputzen und Bautischlern beteiligt. Für diese vier Arbeiten müssen die Bauherren je nach dem Gebäudetyp zwischen der Hälfte und zwei Dritteln der gesamten Baukosten (außer den Baunebenleistungen) aufwenden. Es ist verständlich, daß die Bauherren gerade die überdurchschnittliche Verteuerung des Mauerns, Betonierens und Verputzens unangenehm empfinden müssen. Dagegen schlägt der starke

Preisanstieg bei den Anstricharbeiten in den Baurechnungen nicht so stark zu Buch, da die Anstrichkosten an den gesamten Baukosten nur einen verhältnismäßig geringen Anteil haben. Bei den verschiedenen Haustypen, die zur Berechnung des Preisindex für Wohngebäude zugrunde gelegt wurden, liegt der Kostenanteil der Anstricharbeiten zwischen 2% und 8%. Die Preiserhöhung einer Bauarbeit für sich allein besagt also noch nichts darüber, wie stark diese Preiserhöhung die Bauherren belastet. Wenn man sich darüber ein Urteil bilden will, muß man außer der Preiserhöhung auch noch eine Vorstellung von dem Gewicht haben, das die betreffende Bauarbeit bei den gesamten Baukosten hat.¹

Die amtliche Statistik ermittelt nicht nur die Preisentwicklung im Wohnungsbau, sondern auch bei Nichtwohngebäuden und im Straßenbau. Zu den Nichtwohngebäuden gehören Bürogebäude, gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebsgebäude sowie gemischt genutzte Gebäude. Abgesehen von den landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden war der Preisanstieg bei den Nichtwohngebäuden je nach Ausstattung zum Teil niedriger und zum Teil gleich stark wie im Wohnungsbau. Dagegen hat sich das Bauen von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden nicht ganz so heftig verteuert. Der Preisindex für Bauleistungen am Gebäude stieg hier in der Zeit von 1958 bis 1962 um 28,1%, während der ent-

sprechende Index für Wohngebäude in der gleichen Zeit um 32,4% geklettert war.

Seit 1960 berechnet das Statistische Bundesamt auch einen Preisindex für den Straßenbau. Für zwei Straßentypen werden Indexziffern errechnet, einmal für eine zweispurige durch einen Mittelstreifen getrennte Straße, wie sie als Bundesfernstraße verwendet wird. Diese Straße ist mit einer Schwarzdecke versehen und hat einen Betonunterbau und eine Kronenbreite von 28,50 m. Der zweite Straßentyp hat eine Kleinpflasterdecke und eine Kronenbreite von 4 m. Die Fahrbahn ist 3 m breit, und auf beiden Seiten befinden sich unbefestigte Bankette von je 0,50 m Breite. Dieser Typ findet besonders als Hauptwirtschaftsweg in der Landwirtschaft Verwendung. Beim Bundesfernstraßentyp haben sich die Bauleistungspreise von 1960 bis 1962 um 12,5% erhöht und beim Hauptwirtschaftsweg um 14,9%. Demnach hat sich in den letzten beiden Jahren der Straßenbau nicht ganz so stark verteuert wie der Hochbau. Bei den Wohngebäuden betrug die Preissteigerung in den zwei Jahren 17,0% und bei den landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden 15,3%. Der auffallend geringere Preisanstieg beim Bundesfernstraßentyp mag damit zusammenhängen, daß der Tiefbau viel stärker mechanisiert ist als der Hochbau und daher weniger von Lohnerhöhungen betroffen wird.

Dr. Enno Heeren

1) Vergleiche hierzu: "Zur Neugestaltung der Baupreisstatistik" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 19 (Januar)

Vergleiche auch: "Der Preisanstieg im Wohnungsbau seit 1958" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 47 (Februar) und "Zur Steigerung der Baupreise von 1960 auf 1961" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 355 (Juni)

Kurzberichte

Die Studierenden der Universität und der Pädagogischen Hochschulen

In den folgenden Ausführungen werden einige Angaben für die Studenten der Universität in Kiel mit den entsprechenden Angaben für die Studierenden der beiden Pädagogischen Hochschulen in Kiel und in Flensburg verglichen. Alle Angaben beruhen auf Aussagen der Studierenden (Individualerhebung) und beziehen sich nur auf die deutschen Teilnehmer. Die Beobachtungszeit umfaßt im wesentlichen die Wintersemester 1960/61, 1961/62 und 1962/63.

Die Studierenden der beiden Pädagogischen Hochschulen kamen zu 96% aus Schleswig-Holstein, nur 4% hatten ihren ständigen Wohnsitz außerhalb des Landes; ein Viertel der Studierenden wohnte sogar am Studienort. Für die Universität sahen die Verhältnisse etwas anders aus; nur 65% der Studierenden lebten ständig in Schleswig-Holstein, 35% kamen von außerhalb. In Kiel - also am Studienort - wohnten 22% aller Studenten, d. h. ein nur wenig geringerer Anteil als bei den angehenden Pädagogen.

Der Anteil der Frauen an den Universitätsstudenten betrug im Durchschnitt der genannten drei Wintersemester 27%, an den Pädagogischen Hochschulen waren dagegen 69% der Studierenden Frauen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Anteil der Studentinnen in den einzelnen Fachgebieten, die an der Universität gelehrt werden, unterschiedlich groß ist. Den höchsten Frauenanteil gab es im Studiengbiet "Geistes- und Sprachwissenschaften".

Deutsche Studierende an der Universität in Kiel und an den Pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg

	Wintersemester		
	1960/61	1961/62	1962/63
	Studierende		
Universität	4 538	4 896	5 206
Pädagogische Hochschulen	1 073	1 165	1 045
Kiel	568	633	611
Flensburg	505	532	434

ten" mit 42% und den niedrigsten in der Landwirtschaft mit 3%.

Die Universitätsstudenten waren im beobachteten Zeitraum im Durchschnitt zwei Jahre älter als die Pädagogen. Das Durchschnittsalter für die Studenten der Universität betrug 24 Jahre und das für die Studierenden der Pädagogischen Hochschulen 22 Jahre.

Der Anteil der Verheirateten bei den Studierenden ist nicht sehr groß. Nur 3% der Studentinnen waren verheiratet. Dabei bestand kein Unterschied zwischen Universität und Pädagogischer Hochschule. Bei den männlichen Kommilitonen waren die Anteile etwas größer. Von den Studierenden der Pädagogischen Hochschulen waren 8% verheiratet, von den Universitätsstudenten 6%.

Die Religionszugehörigkeit der Studierenden unterscheidet sich in ihren Anteilen von der der Bevölkerung Schleswig-Holsteins. Von den Einwohnern des Landes waren 1961 88% evangelisch und 5,6% römisch-katholisch. Von den Besuchern der Pädagogischen Hochschulen waren 92% evangelisch und 3,8% römisch-katholisch; die entsprechenden Anteile für die Universitätsstudenten betragen 86% und 7,6%.

Als Antwort auf die Frage nach dem Beruf des Vaters ergab sich, daß der Anteil der Studierenden, deren Väter Akademiker waren, bei den Universitätsstudenten 41% betrug und bei den Pädagogen 21%. 3% (Universität) bzw. 5% (Pädagogische Hochschulen) der Studierenden hatten als Beruf ihres Vaters "Arbeiter" eingetragen.

Die meisten Studierenden finanzierten ihr Studium aus Mitteln der Eltern. Von den Studierenden der Universität hatten 57% und von denen an den Pädagogischen Hochschulen 61% als überwiegende Finanzierungsquelle "Mittel der Eltern (oder Ehegatten)" angegeben. Dabei fällt auf, daß bei den weiblichen Studierenden der Anteil derjenigen, die ihr Studium mit Hilfe der Eltern finanziert haben, überdurchschnittlich hoch ist, nämlich 63% (Universität) und 67% (Pädagogische Hochschulen). Die entsprechenden Anteile für die männlichen Studenten betragen nur 55% und 47%.

Von den Universitätsstudenten hatten 96% das Reifezeugnis, nur 4% erlangten die Berechtigung zum Hochschulstudium auf eine andere Weise (z. B. Sonderreifeprüfung, Abschluß einer Fachschule). Reichlich drei Viertel der Studierenden der Pädagogischen Hochschulen besaßen das Reifezeugnis, ein Viertel studierte auf Grund eines anderen Berechtigungsnachweises.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Vergl. auch: "Die Studierenden an den Pädagogischen Hochschulen 1961/62" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 188 (Juni)

Die veranlagten Einkommen und ihre Besteuerung im Jahre 1961

Nach den ersten vorläufigen Ergebnissen der Einkommensteuerstatistik wurden im Kalenderjahr 1961 in Schleswig-Holstein 146 000 Steuerpflichtige zur Einkommensteuer veranlagt. Die Zahl der Steuerpflichtigen hat sich damit seit 1957 um 12 000 oder ein Zehntel erhöht. Insgesamt betrachtet hat sich jedoch die Anzahl in den letzten 12 Jahren kaum geändert. Auch die Veranlagungsdichte hat keine größeren Veränderungen erfahren. Im Jahre 1961 entfielen auf 1 000 Einwohner 63 zur Einkommensteuer Veranlagte, 1950 waren es 56 gewesen.

Unter den Veranlagten befanden sich etwas mehr als 1 000 Steuerpflichtige, die ihren Wohnsitz im Ausland hatten und somit beschränkt steuerpflichtig waren. Ihre Zahl hat sich ebenfalls kaum verändert. Alle übrigen Steuerpflichtigen (145 000) wohnten in Schleswig-Holstein, waren also unbeschränkt steuerpflichtig. Bei über 2 500 dieser in Schleswig-Holstein ansässigen Steuerpflichtigen führte die Veranlagung zu einem Verlust. Im Jahre 1950 war es die gleiche Anzahl und 1957 etwas weniger gewesen. Die anderen Steuerpflichtigen, die Veranlagten mit Einkommen, bilden die eigentliche Grundlage für die Besteuerung. Es gab im Jahre 1961 gut 142 000 Veranlagte mit Einkommen. Aber auch von diesen mußten nur 120 000 Einkommensteuer bezahlen. Die restlichen 22 500 Steuerpflichtigen, also jeder sechste Veranlagte mit Einkommen, waren von der Einkommensteuer befreit, da ihre Freibeträge und sonstigen Vergünstigungen ihr steuerbares Einkommen überstiegen. Die Zahl der Steuerbefreiten ist seit 1954 rückläufig, während die Zahl der Steuerbelasteten entsprechend zugenommen hat.

Einkünfte, steuerbares Einkommen und Steuerschuld der mit Einkommen veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen

Zeitraum	Steuerpflichtige	Gesamt- betrag der Einkünfte	Steuer- bares Einkommen	Steuer- schuld
	Anzahl	1 000 DM		
1950	139 660	750 211		114 700
1954	138 879	978 854	780 217	141 174
1957	130 643	1 446 590	1 149 757	222 401
1961	142 498	2 415 139	1 896 538	427 659
davon				
Steuerbelastete	120 020	2 297 278	1 848 212	427 659
Nichtsteuerbelastete	22 478	117 862	48 326	-

Insgesamt wiesen die unbeschränkt Steuerpflichtigen einen Gesamtbetrag an Einkünften - das ist die Summe der einzelnen Einkunftsarten abzüglich der ausgeglichenen Verluste - in Höhe von 2,4 Mrd. DM nach. Im Gegensatz zur Zahl der Steuerpflichtigen hat sich der Gesamtbetrag der Einkünfte kräftig erhöht. Er war um zwei Drittel höher als 1957, als er 1,4 Mrd. DM betrug, und hat sich seit 1950 mehr als verdrei-

facht. Der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte der unbeschränkt Steuerpflichtigen stieg im gleichen Zeitraum von 5 400 DM auf 17 000 DM. Das sich nach Abzug der verschiedenen Freibeträge und sonstigen Vergünstigungen ergebende zu versteuernde Einkommen hat sich im gleichen Ausmaß wie der Gesamtbetrag der Einkünfte ausgedehnt. Es belief sich auf 1,9 Mrd. DM. Dafür mußten die Steuerbelasteten 428 Mill. DM Steuern entrichten. Sie zahlten also im Durchschnitt 3 600 DM Einkommensteuer. Die Einkommensteuerschuld wuchs noch stärker als das zu versteuernde Einkommen. Auf Grund des Hineinwachsens der Einkommen in höhere Einkommensgruppen hat es sich gegenüber 1957 beinahe verdoppelt und gegenüber 1950 fast vervierfacht.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Die Brände im Jahre 1962

Die schleswig-holsteinischen Feuerwehren hatten im Berichtsjahr 1 395 (1961: 1 268) Brände zu bekämpfen, und zwar

- 189 (164) Großbrände,
- 278 (234) Mittelbrände und
- 928 (870) Klein- und Entstehungsbrände.

Drei Fünftel aller Brände brachen in und an Gebäuden aus, ein Drittel auf Freiflächen. Im Vergleich hierzu war die Zahl der Schadenfeuer in und an Fahrzeugen gering. Sie hat sogar etwas abgenommen. Die Feuerwehr löschte

- 838 (784) Gebäudebrände,
- 110 (119) Fahrzeugbrände und
- 447 (365) Freiflächenbrände.

Beiden Gebäudebränden handelte es sich 142mal um Großbrände, 100mal um Mittelbrände und 596mal um Klein- und Entstehungsbrände. Die Fahrzeugbrände betrafen fast ausschließlich Kraftfahrzeuge (92). Auf Schiffen brannte es 16mal, und 2mal mußte die Feuerwehr Brände von Schienenfahrzeugen löschen. 270 der 447 Freiflächenbrände waren Schutzplatzbrände. 80 davon entfallen allein auf Kiel, das wie im Vorjahr die meisten dieser Brände zu verzeichnen hatte. Die Schutthaldebrände haben stark zugenommen. Vierundsiebzig solcher Schadenfeuer wurden mehr gemeldet.

Bei den 838 Gebäudebränden entstanden Schäden in Höhe von 20,9 Mill. DM. Die aus den Brandberichten ermittelten Wertverluste überstiegen damit zum ersten Male die 20-Millionen-Grenze. Die Einbußen vergrößerten sich gegenüber dem Vorjahr um 5,1 Mill. DM. Der Wertverlust verteilt sich mit

- 3,2 Mill. DM auf Wohngebäude und Anstalten,
- 5,5 Mill. DM auf Gebäude und Anlagen von Handel, Gewerbe und Industrie und
- 12,2 Mill. DM auf Gebäude der Landwirtschaft.

Obwohl nur knapp ein Fünftel aller Gebäudebrände landwirtschaftliche Anwesen betraf, wurden hierdurch 58% des Gesamtschadens hervorgerufen. Das hängt mit den zahlreichen Großbränden von landwirtschaftlichen Gebäuden zusammen, die mehr als zwei Drittel aller Gebäudegroßbrände ausmachten.

Der größte Teil der Schäden entstand durch vorsätzliche Brandstiftung. Er beträgt 5,0 Mill. DM und ist damit rund viermal so groß wie im vorigen Jahr. Unter Einschluß der von Kindern gelegten Feuer beläuft sich der durch Brandstiftung verursachte Gesamtschaden sogar auf 7,1 Mill. DM.

An zweiter Stelle stehen die Verluste, die durch elektrische Anlagen hervorgerufen wurden. Gegenstände im Wert von 4,7 Mill. DM fielen hierdurch den Flammen zum Opfer, fast dreimal soviel wie 1961.

Es folgen die Schäden durch Selbstentzündung, der wichtigsten Brandursache des Vorjahres. Sie betragen 2,8 Mill. DM. Hiervon entfallen 2,6 Mill. DM auf Selbstentzündung von Ernteezeugnissen, 1961 wurden dadurch noch Werte in Höhe von 3,9 Mill. DM vernichtet. Den Rückgang führt man auf die verstärkte Anwendung von Heumeßsonden zurück. So konnten 75 Brände durch rechtzeitige Alarmierung der Feuerwehr verhindert werden.

Brände in Gebäuden nach der Brandursache

Brandursache	Zahl der Brände		Geschätzter Brandschaden in 1 000 DM	
	1961	1962	1961	1962
Blitzschlag	20	15	554	705
Selbstentzündung	61	44	4 713	2 800
Explosionen	11	12	73	356
Bauliche Einrichtungen in Zusammenhang mit Feuerstätten	97	113	579	1 192
Schornsteine	49	42	172	2
Betrieb und maschinelle Einrichtungen	22	24	337	530
Schweißen und Löten	41	33	449	453
Brandgefährliche Stoffe	35	18	229	424
Flugzeug	—	1	—	40
Elektrische Energie	113	113	1 683	4 744
Sonstige Feuer-, Licht- und Wärmequellen	196	303	1 793	2 084
Vorsätzliche Brandstiftung	29	46	1 276	5 046
Kinderbrandstiftung	68	53	2 442	2 027
Ursache nicht ermittelt	42	21	1 449	457
Insgesamt	784	838	15 746	20 860

Fast bedeutungslos waren 1962 dagegen die Schäden durch Schornsteinbrände. Der hierdurch eingetretene Verlust betrug nur 2 000 DM statt 172 000 DM im Jahr zuvor.

Die Brandschäden wären ohne die Einsätze der Berufs- und freiwilligen Feuerwehren erheblich größer gewesen. Nach vorsichtigen Schätzungen konnten Werte in Höhe von 55 Mill. DM erhalten werden.

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

Quelle: Landesamt für Brandschutz Schleswig-Holstein

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
		Monats-Durchschnitt			Jul.	Aug.	Sept.	Juni	Jul.	Aug.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1 000	2 267	2 341	2 345	2 348	2 349	2 364	2 367
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen										
*Anzahl		1 654	1 888	2 122	3 462	1 448	1 881	2 087	3 453	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	9,7	10,7	17,3	7,5	9,7	10,4	17,2	...
Lebendgeborene										
*Anzahl		2 867	3 435	3 366	3 445	3 415	3 564	3 635	3 540	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	17,6	16,9	17,3	17,7	18,4	18,1	17,6	...
Gestorbene (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 173	2 329	2 148	2 024	2 120	2 109	2 107	2 136	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	11,9	10,8	10,2	11,0	10,9	10,5	10,6	...
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		93	83	71	69	80	85	77	82	...
*je 1 000 Lebendgeborene		32,6	24,0	21,1	20,0	23,4	23,8	21,2	23,2	...
Mehr geboren als gestorben										
*Anzahl		694	1 106	1 218	1 421	1 295	1 455	1 528	1 404	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		3,7	5,7	6,1	7,1	6,7	7,5	7,8	7,0	...
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		6 523	6 876	7 857	6 370	6 036	6 122	7 882
*Fortzüge über die Landesgrenze		6 263	6 144	5 802	5 222	6 186	4 878	5 755
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		+ 260	+ 732	+2 055	+1 148	- 150	+1 244	+2 127
*Umzüge innerhalb des Landes ¹⁾		9 066	9 436	8 960	8 276	8 002	7 739	9 289
Wanderungsfälle ¹⁾										
Anzahl		22 452	22 456	22 619	19 868	20 224	18 739	22 926
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		170	163	159	141	146	136	160
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ²⁾	1 000	741 ⁺	817 ⁺	.	.	828	838	.	.	844
darunter *Männer	1 000	494 ⁺	542 ⁺	.	.	547	552	.	.	555
*Arbeitslose										
Anzahl	1 000	50	9	5	5	6	6	6	6	6
darunter *Männer	1 000	31	5	3	3	3	3	3	3	3
je 100 Arbeitnehmer		6,3	1,1	0,6	0,6	0,7	0,8	0,7	0,7	0,7
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 306 ^a	.	.	.	1 416	.	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	478 ^a	.	.	.	475	.	.	.
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 655 ^a	.	.	1 810	1 529	.	.	1 642
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	168 ^a	.	.	177	175	.	.	176
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	104 ^a	.	.	109	114	.	.	108
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St	14	22	18	22	30	17	23	26	34
*Kälber	1 000 St	5	4	3	2	2	3	3	3	3
*Schweine	1 000 St	81	128	118	123	107	114	121	119	116
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St	15 ^b	12 ^c	2	2	2	1	1	1	2
*Gesamtschlachtgewicht ³⁾ (einschl. Schlachtfette)	1 000 t	9,3	15,5	14,6	15,7	16,6	13,9	15,7	16,4	18,2
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	5,0	4,1	4,8	7,0	3,7	5,0	5,7	7,8
*Schweine	1 000 t	5,9	10,2	10,2	10,6	9,3	9,9	10,4	10,4	10,1
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	223	235	228	223	239	221	219	220	232
*Kälber	kg	49	51	57	54	51	57	58	56	59
*Schweine	kg	89	88	88	88	88	88	87	88	88
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	158	185	152	108	206	184	148	109
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,2	12,8	10,5	7,7	14,4	12,4	10,0	7,6
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	87	89	92	91	89	92	93	91	89

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

1) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 2) Arbeiter, Angestellte und Beamte

3) gewerbliche Schlachtungen a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1962/63 = 21

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
			Monats-Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
INDUSTRIE ⁴										
*Beschäftigte	1 000	164	176	176	177	177	174	174	174	...
darunter *Arbeiter ⁵⁾	1 000	136	143	142	143	143	139	139	140	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁶⁾	1 000	24 439	24 195	22 266	24 681	23 848	21 531	21 727	22 953	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	77,9	79,1	82,5	76,6	79,3	84,2	84,0	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	26,3	25,9	25,8	26,1	28,5	29,7	28,6	...
*Brennstoffverbrauch	1 000 SKE ⁷⁾	74	62	55	57	56	54	51	53	...
Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	9 812	10 872	10 536	9 833	10 426	10 280	10 032	...
Heizölverbrauch	1 000 t	31	56	51	55	54	59	61	61	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	92	89	94	92	88	93	97	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	21	24	22	22	20	27	30	30	...
*Umsatz ⁸⁾	Mill. DM	479	620	578	641	633	650	667	650	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	72	66	68	77	75	71	84	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	224	282	249	269	302	309	271	294	...
darunter Erzeugnisse des/der										
Industrie der Steine und Erden		193	262	318	309	310	326	342	328	...
Hochofen- und Stahlwerke		157	153	150	159	142	136	138	146	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		112	145	93	123	156	147	86	140	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		741	1 132	1 087	1 090	1 230	1 424	1 121	1 194	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		99	105	113	102	108	136	105	97	...
papierherzeugenden Industrie		256	316	322	316	334	350	321	337	...
Schiffbaues		312	229	189	181	192	274	238	253	...
Maschinenbaues		273	296	244	266	356	295	241	276	...
elektrotechnischen Industrie		508	620	481	559	737	583	464	560	...
feinmechanischen und optischen Industrie		609	859	794	768	989	988	926	922	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		166	242	220	229	275	271	249	272	...
ledererzeugenden Industrie		116	83	80	74	80	86	67	74	...
Schuhindustrie		217	250	135	248	267	283	89	240	...
Textilindustrie		195	153	89	117	141	180	107	134	...
Bekleidungsindustrie		127	160	115	165	193	120	127	148	...
Fleischwarenindustrie		169	222	202	216	253	222	209	218	...
fischverarbeitenden Industrie		189	212	189	232	246	150	158	210	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		121	140	149	119	92	197	144	120	...
tabakverarbeitenden Industrie		227	260	261	260	268	271	251	244	...
Bauproduktion		190	248	271	271	298	369	301	306	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	114	91	109	107	71	77	101	...
*Stromverbrauch ⁹⁾	Mill. kWh	143	213	191	208	216	190	203	221	...
*Gaserzeugung (brutto) ¹⁰⁾	Mill. cbm	17	19	18	16	18	15	17	17	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

4) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 5) einschl. gewerblicher Lehrlinge 6) einschl. Lehrlingsstunden 7) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 8) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 9) einschl. Verluste 10) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
		Monats-Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe ¹¹										
*Beschäftigte		55 228	64 932	67 565	67 193	66 848	p69 443	p69 249	p68 942	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 776	11 268	11 616	11 124	p11 654	p11 854	p11 707	...
darunter *für Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 972	4 547	4 559	4 428	p 4 626	p 4 771	p 4 808	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	38,1	44,3	45,8	44,2	p 51,1	p 52,4	p 51,1	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	2,8	2,8	2,9	2,9	p 3,2	p 3,2	p 3,2	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	123,5	146,8	153,7	145,8	p 141,1	p 163,3	p 158,0	...
Baugenehmigungen ¹²										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) ¹³		922	1 073	1 502	1 596	1 048	810	1 694	1 077	1 158
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	340	376	333	307	351	441	372	424
Veranschlagte reine Baukosten ¹³										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	102,2	134,6	132,6	91,0	97,8	160,1	99,7	115,3
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	72,6	100,8	104,2	69,8	70,5	127,1	78,5	87,0
*Umbauter Raum in allen Gebäuden ¹³	1 000 cbm	1 069	1 350	1 858	1 776	1 169	1 155	1 973	1 327	1 482
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	870	1 252	1 260	832	743	1 439	898	953
*Wohnungen		2 109	2 479	3 548	3 350	2 357	2 189	4 223	2 341	2 617
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 215	3 273	3 100	2 063	1 902	3 955	2 126	2 327
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹⁴		1 533	2 190	1 238	1 668	2 719	1 236	1 281	1 480	1 866
Wohnräume ¹⁵		6 064	8 725	5 113	6 723	10 806	5 208	5 622	6 108	7 671
HANDEL UND GASTGEWERBE										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	-	-	99	102	93	97	109	106	94
davon										
*Nahrungs- und Genussmittel		-	-	101	105	96	100	106	111	94
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		-	-	93	90	83	91	102	90	86
*Hausrat und Wohnbedarf		-	-	92	98	93	79	95	94	91
*Sonstige Waren		-	-	97	100	93	99	111	102	100
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	508	449	537	531	322	474	618	337
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 650	2 589	1 196	809	1 154	832	609	613
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	15 900	15 760	16 475	17 468	14 514	16 074	18 793	18 878
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	34 421	32 339	33 703	37 754	27 780	34 187	35 594	36 023
*Ausfuhr nach Warengruppen ¹⁶	Mill. DM	67,7	81,7	86,7	65,6	85,7	83,1	125,8	94,9	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	5,5	4,9	5,1	5,2	3,9	4,8	4,8	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	76,2	81,8	60,5	80,6	79,2	121,0	90,1	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,1	3,3	3,0	3,3	2,7	2,4	2,9	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	8,4	8,3	7,2	11,1	9,5	11,1	12,0	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	64,7	70,3	50,3	66,1	67,0	107,6	75,3	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	3,6	4,0	3,3	3,5	2,9	4,2	4,0	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	61,1	66,3	47,0	62,6	64,1	103,4	71,2	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern ¹⁶										
EWG-Länder	Mill. DM	11,0	19,7	26,4	11,3	16,5	15,3	17,4	20,5	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	5,5	5,5	3,1	5,6	3,9	5,0	8,4	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	8,5	15,9	4,4	5,4	5,2	6,8	6,3	...
EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	36,2	38,3	34,3	51,5	48,0	48,4	52,0	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	6,5	6,8	5,3	6,0	5,1	6,2	5,6	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	4,1	11,6	3,9	6,3	4,5	6,9	4,5	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	13,5	8,8	16,1	27,3	26,0	25,2	32,2	...
Schweden	Mill. DM	6,3	5,1	4,5	2,9	3,4	7,0	3,7	3,6	...
Fremdenverkehr ¹⁷										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	138	345	300	157	247	394	337	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	15	16	52	38	18	28	56	41	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	860	2 936	2 896	1 037	1 475	3 276	3 311	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	33	33	108	85	39	55	124	96	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 11) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) und Wiederaufbau, ab 1963 einschl. Umbau ganzer Gebäude 14) Normalbau
 16) 1963 = vorläufige Zahlen 17) ab April 1963 = vorläufige Zahlen

12) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 13) nur Neubau
 15) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
		Monats-Durchschnitt	Monats-Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
VERKEHR										
Seeschifffahrt ¹⁸										
Güterempfang	1 000 t	377	549	549	600	614	690	782	759	...
Güterversand	1 000 t	102	158	151	173	204	186	199	238	...
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	174	193	184	185	168	202	194	190
*Güterversand	1 000 t	195	294	359	348	390	346	385	358	359
Nord-Ostsee-Kanal ¹⁹										
Schiffverkehr										
Schiffe		5 645	6 731	7 575	7 263	7 668	7 502	7 924	7 892	7 300
darunter deutsche	%	65,5	64,4	64,2	64,7	66,7	64,9	64,5	65,6	64,2
Raumgehalt	1 000 NRT	2 795	3 619	3 844	3 917	3 760	3 984	4 238	4 120	3 918
darunter deutscher Anteil	%	30,3	26,8	27,4	26,8	30,4	26,6	27,2	29,3	27,9
Güterverkehr	1 000 t	3 840	5 056	5 266	5 283	5 297	5 378	6 001	5 814	5 379
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	32,6	29,3	30,7	29,9	32,5	28,8	29,4	31,7	31,3
Richtung West-Ost	1 000 t	1 906	2 404	2 196	2 405	2 231	2 356	2 508	2 593	2 292
Richtung Ost-West	1 000 t	1 935	2 652	3 070	2 878	3 066	3 022	3 493	3 221	3 087
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	4 676	4 236	4 274	4 489	4 637	5 398	3 550	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	72	74	76	41	53	48	72	...
*Personenkraftwagen		2 107	3 481	3 071	3 081	3 221	3 497	4 047	2 548	...
*Kombinationskraftwagen		175	285	264	244	320	353	495	261	...
*Lastkraftwagen		293	403	399	362	410	352	432	319	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden		918	1 081	1 266	1 395	1 227	1 323	1 295	1 311	p 1 176
*Getötete Personen ²⁰⁾		40	53	61	65	68	55	71	77	p 50
*Verletzte Personen		1 130	1 403	1 714	1 871	1 583	1 778	1 713	1 792	p 1 523
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²¹⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 ^d	5 705 ^d	5 414	5 483	5 540	6 165	6 169	6 240	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	1 632 ^d	1 628	1 619	1 634	1 780	1 721	1 731	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	1 622 ^d	1 622	1 609	1 626	1 771	1 717	1 716	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	2 165 ^d	4 073 ^d	3 786	3 864	3 906	4 385	4 448	4 508	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	3 501 ^d	3 254	3 320	3 354	3 780	3 836	3 880	...
*Einlagen von Nichtbanken ²¹⁾	Mill. DM	2 067 ^d	3 603 ^d	3 311	3 415	3 398	3 659	3 725
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 585 ^d	1 427	1 514	1 477	1 503	1 549
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	837 ^d	1 219 ^d	1 102	1 156	1 138	1 210	1 243	1 287	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	2 018 ^d	1 884	1 901	1 922	2 157	2 176
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	1 362 ^d	1 264	1 279	1 293	1 467	1 480	1 501	1 516
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	99	98	87	83	90	109
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	74	80	70	62	72	89
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	7	5	2	8	7	12	7	7
*Verkehrsverfahren (eröffnete)		2	0,3	-	-	-	-	-	1	1
Wechselproteste	Anzahl	636	686	632	677	680	1 155	1 023
	Wert	465	621	725	637	556	955	965
STEUERN²²⁾										
*Landesteuern	1 000 DM	32 185	60 636	46 089	44 758	91 173	99 680	48 953	50 861	106 210
darunter										
*Vermögensteuer	1 000 DM	1 463	2 344	332	5 571	398	603	538	6 164	275
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	6 157	6 423	5 885	5 736	6 046	7 666	6 207	6 989
*Biersteuer	1 000 DM	420	595	618	775	713	697	782	778	941
*Bundessteuern	1 000 DM	93 577	129 527	125 064	117 730	150 694	159 438	131 959	128 714	179 402
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	29 801	42 506	45 974	46 608	45 820	46 634	46 047	47 398	46 205
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 244	1 427	1 301	1 360	1 321	1 565	1 412	1 520
*Zölle	1 000 DM	7 838	8 368	10 893	2 683	8 093	5 248	3 713	6 264	6 738
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	51 485	47 819	51 745	51 377	58 235	60 830	55 001	73 884
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	38 451	37 945	34 306	38 578	36 162	37 023	33 297	54 767
*Notopfer Berlin	1 000 DM	354	25	16	16	10	15	13	118	36
außerdem *Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	6 378	3 485	8 530	1 637	1 770	1 941	8 008	2 021

* wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

18) Monatsangaben 1962/63 = vorläufige Zahlen 19) ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 20) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 21) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 22) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
		Monats-Durchschnitt			Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ²³⁾	1 000 DM	37 688	73 999	54 100	43 931	125 810	137 104	56 545	52 915	145 770
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	30 754	37 117	36 828	37 981	31 045	40 845	44 858	45 376
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	33 229	13 508	6 590	68 060	82 541	13 426	6 875	80 058
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	683	1 604	341	1 045	423	1 363	1 320	271
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	9 333	1 870	172	18 724	23 094	911	138	20 064
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	80 800 ⁺	79 248 ^e	.	.	.	83 405 ^e	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	6 994 ⁺	6 952 ^e	.	.	.	7 430 ^e	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575	13 883 ⁺	13 334 ^e	.	.	.	12 900 ^e	.	.
Baulandsteuer	1 000 DM	.	321 ⁺	238 ^e	.	.	.	248 ^e	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	53 651 ⁺	53 038 ^e	.	.	.	57 188 ^e	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	5 952 ⁺	5 686 ^e	.	.	.	5 643 ^e	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119	6 024	5 649 ^e	.	.	.	5 999 ^e	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958=100	100,0	93,6	92,8	92,4	92,3	95,1	94,7	p 94,7	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgegenstände	1958=100	100,0	100,5	100,7	100,7	100,7	100,4	100,6	p 100,6	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100,0	100,1	99,6	99,6	100,0	100,5	r 100,3	100,5	p 100,7
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1958=100	100,0	103,0	103,1	103,1	103,2	103,4	103,4	103,5	...
landwirtschaftlicher Produkte	1957/59=100	100,4 ^f	104,6 ^g	107,8	101,8	102,2	107,3	p 105,3	p 104,9	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100,0	132,4	.	133,7	.	.	.	p 141,6	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1958/59=100	100,0 ^f	110,1 ^g	107,9	108,6	108,4	112,0	r 111,8	112,1	...
Einzelhandelspreise	1958=100	100 ^h	107 ^h	110	107	107	109	109	109	...
Preisindex für die Lebenshaltung ²⁴⁾	1958=100	100,0	108,7	110,3	108,6	108,3	112,2	111,6	110,9	111,3
darunter										
Ernährung		100,0	108,3	112,3	107,3	106,3	112,1	110,3	108,0	108,8
Wohnung		100,0	121,7	122,3	122,3	128,9	129,8	129,9	130,1	130,1
Heizung und Beleuchtung		100,0	105,9	105,1	105,7	106,5	107,4	107,7	108,0	108,6
Bekleidung		100,0	106,9	107,0	107,1	107,4	109,4	109,6	109,6	109,8
Hausrat		100,0	103,6	103,6	103,8	104,0	104,2	104,2	104,3	104,4
LOHNE UND GEHALTER ²⁵⁾										
Arbeitervergütungen in der Industrie ²⁶⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	116,69	162,89	.	164,79	.	.	.	176,95	.
darunter Facharbeiter	DM	124,34	173,75	.	175,26	.	.	.	188,39	.
*weiblich	DM	67,56	97,84	.	98,69	.	.	.	107,78	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	243,5	345,4	.	348,8	.	.	.	378,9	.
darunter Facharbeiter	Pf	258,6	366,8	.	369,6	.	.	.	403,9	.
*weiblich	Pf	152,9	228,6	.	229,9	.	.	.	251,8	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	47,2	.	47,2	.	.	.	46,7	.
*weiblich	Std.	44,2	42,8	.	42,9	.	.	.	42,8	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	44,2	.	43,0	.	.	.	42,6	.
*weiblich	Std.	41,4	40,2	.	39,0	.	.	.	40,2	.
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ²⁶⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	792	.	794	.	.	.	856	.
*weiblich	DM	382	519	.	523	.	.	.	563	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	919	.	926	.	.	.	982	.
*weiblich	DM	403	545	.	550	.	.	.	583	.
im Handel ²⁷⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	739	.	745	.	.	.	791	.
*weiblich	DM	331	445	.	455	.	.	.	489	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	497	776	.	842	.	.	.	845	.
*weiblich	DM	259	365	.	377
in Industrie ²⁶⁾ und Handel ²⁷⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	756	.	761	.	.	.	812	.
*weiblich	DM	347	466	.	475	.	.	.	510	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	912	.	921	.	.	.	974	.
*weiblich	DM	391	539	.	545	.	.	.	583	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 23) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 24) 4-Personen-Haushalte, mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den
 Verbrauchsverhältnissen von 1958 25) Effektivverdienste: 1958 und 1962 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 26) einschl. Hoch- und Tiefbau
 27) Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe e) 1. 4. - 30. 6. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni) g) Wirtschaftsjahr
 1962/63 (Juli - Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen A
erscheint im monatlichen Wechsel mit B

	Zeit 1)	Einheit	1950	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Wohnbevölkerung	JD	1 000	2 598	2 253	2 257	2 267	2 280	2 294	2 321	2 341
Mehr geboren als gestorben	JS	1 000	17	7	7	8	11	10	13	13
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	JS	1 000	- 108	- 13	+ 6	+ 3	+ 3	+ 9	+ 13	+ 9
Beschäftigte Arbeitnehmer ²⁾	30. 9.	1 000	650	741	757	772	770	791	813	828
darunter in den Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft	30. 9.	1 000	104	81	78	72	56	54	52	50
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30. 9.	1 000	260	334	346	355	360	373	385	392
Handel und Verkehr	30. 9.	1 000	121	158	163	171	177	183	188	194
Arbeitslose	30. 9.	1 000	178	45	34	27	17	11	7	6
je 100 Arbeitnehmer	30. 9.		21,5	5,7	4,3	3,4	2,2	1,4	0,9	0,7
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR										
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen	Mai	1 000	480	337	323	314	306	302	304	303
je 1 000 Einwohner	Mai		182	150	143	138	134	132	131	130
VOLKSEINKOMMEN										
Brutto-Inlandsprodukt ³⁾	JS	Mill. DM	3 866	6 879	7 612	8 429	9 011	9 791 ^a	10 844 ^a	11 735 ^a
je Einwohner		DM	1 488	3 054	3 371	3 715	3 952	4 269 ^a	4 676 ^a	5 013 ^a
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Pferde	3. 12.	1 000	167	87	80	72	58	46	38	31
Rinder	3. 12.	1 000	999	1 072	1 094	1 129	1 196	1 219	1 251	1 306
darunter Milchkühe	3. 12.	1 000	458	431	431	426	441	460	467	478
Schweine	3. 12.	1 000	1 031	1 210	1 298	1 279	1 328	1 414	1 636	1 655
Schafe ⁴⁾	3. 12.	1 000	129	112	116	119	113	105	109	113
Hühner	3. 12.	1 000	3 827	3 493	3 486	3 522	3 623	3 648	4 259	4 265
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾										
Rinder	JS	1 000	164	229	280	293	295	341	342	356
Schweine	JS	1 000	818	1 441	1 675	1 745	1 725	1 883	2 021	2 307
Milcherzeugung										
Kuhmilcherzeugung	JS	1 000 t	1 562	1 586	1 662	1 699	1 682	1 750	1 831	1 902
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 711	3 857	3 946	3 951	3 980	3 980	4 076
INDUSTRIE⁶⁾										
Beschäftigte	JD	1 000	109	158	164	164	162	168	174	176
je 1 000 Einwohner			42	70	73	72	71	73	75	75
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	534	581	638	659	747	835	934
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	156	173	197	210	238	275	315
Umsatz ⁷⁾	JS	Mill. DM	2 416	4 840	5 363	5 744	6 053	6 407	7 011	7 446
darunter Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	627	766	782	840	987	945	868
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	197	214	224	236	255	278	p 281
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Baugenehmigungen										
Wohnungen	JS	1 000	27,7	22,3	23,4	25,3	28,6	29,6	29,7	29,8
darunter in ganzen Wohngebäuden	JS	1 000	24,7	19,8	20,9	22,5	25,8	26,6	27,0	26,6
Baufertigstellungen										
Wohnungen										
Anzahl	JS	1 000	17,7	23,0	21,8	18,4	25,3	25,9	25,9	26,3
je 1 000 Einwohner			6,9	10,1	9,7	8,1	11,0	11,2	11,1	11,3
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	58,7	63,2	49,5	53,2	50,9	50,9	47,9
Wohnräume ⁸⁾										
Anzahl	JS	1 000	59,1	83,9	79,5	72,8	99,7	103,5	105,2	104,7
je 1 000 Einwohner			23,1	37,0	35,3	32,0	43,5	44,8	45,1	44,9
Bestand an										
Wohnungen ⁸⁾	31. 12.	1 000	461,4	585,5	605,9	623,4	647,1	671,2	695,4	716,0
Wohnräumen	31. 12.	1 000	1 853	2 184	2 262	2 334	2 431	2 531	2 632	2 734

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme 2) Arbeiter, Angestellte und Beamte 3) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt;
 generalbereinigte Werte 4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 5) gewerbl. und Hausschlachtungen, einschl. des übergebielichen Versandes,
 ohne übergebielichen Empfang 6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)
 7) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 8) Zimmer mit 6 und mehr
 qm Fläche und alle Küchen a) vorläufige Ergebnisse

KREISZAHLEN

Für diese Tabelle sind 34 Gegenstände ausgewählt, die abwechselnd veröffentlicht werden

KREISFREIE STADT Kreis	Wohnbevölkerung am 30. 6. 1963	Einnahmen aus Gemeindesteuern vom 1. 1. bis 30. 6. 1963 in 1 000 DM	Schlüsselzuweisungen an Kreise und Gemeinden im Kj. 1963 in 1 000 DM	Aufwand der öffentlichen Fürsorge 1) im Jahre 1962 in DM je Einw.	Industrie 2)	
					Beschäftigte am 31. 8. 1963	Umsatz 3) in Mill. DM im August 1963
FLensburg	96 995	8 624	4 136	33,28	6 814	21,9
KIEL	270 803	27 992	10 992	37,75	32 511	88,5
LÜBECK	236 601	28 124	11 907	38,44	34 422	97,2
NEUMÜNSTER	74 976	7 073	2 296	30,96	12 758	30,9
Eckernförde	65 800	3 239	5 742	35,15	1 876	4,3
Eiderstedt	19 268	1 320	1 211	25,25	431	2,0
Eutin	90 979	5 781	6 785	32,31	4 290	15,6
Flensburg-Land	66 946	2 611	6 871	24,76	676	2,0
Hzgt. Lauenburg	133 944	7 440	9 629	24,07	8 532	18,2
Husum	64 293	3 599	4 893	23,19	920	2,5
Norderdithmarschen	58 215	3 726	3 978	22,60	1 212	2,6
Oldenburg (Holstein)	81 080	4 844	5 384	22,04	1 222	4,6
Pinneberg	226 927	19 730	10 827	20,92	20 984	94,5
Plön	111 545	5 191	8 820	26,11	2 463	10,4
Rendsburg	159 892	9 165	11 364	25,59	9 370	26,9
Schleswig	98 613	5 810	7 743	27,91	3 926	28,1
Segeberg	98 318	4 688	7 274	21,70	4 887	17,4
Steinburg	123 272	10 809	5 850	26,98	10 908	43,9
Stormarn	149 822	11 279	8 238	21,11	10 010	89,9
Süderdithmarschen	72 341	5 100	4 490	25,35	5 017	43,6
Südtondern	63 201	3 948	5 129	25,14	1 002	5,1
Schleswig-Holstein 4)	2 363 831	180 094	143 561	39,58	174 231	650,2

KREISFREIE STADT Kreis	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im 3. Vierteljahr 1963						Baufertigstellungen vom 1. 1. bis 30. 9. 1963	
	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude 5)		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden 5)		Wohnungen		Wohnungen	Wohnräume 6)
	insgesamt	darunter für Wohngebäude	insgesamt	darunter in Wohngebäuden	insgesamt	darunter in ganzen Wohngebäuden 5)		
	1 000 DM		1 000 cbm					
FLensburg	14 518	12 725	166	144	406	398	480	1 911
KIEL	33 097	26 682	418	319	960	926	1 161	4 599
LÜBECK	40 223	26 736	482	309	988	939	1 118	4 105
NEUMÜNSTER	7 017	4 750	85	54	145	126	221	887
Eckernförde	7 543	4 665	94	51	121	101	387	1 602
Eiderstedt	3 386	1 484	35	16	31	28	81	421
Eutin	10 336	9 132	118	101	290	276	236	957
Flensburg-Land	12 014	8 644	168	105	209	191	117	513
Hzgt. Lauenburg	21 812	18 868	313	216	683	604	308	1 239
Husum	10 460	8 656	150	106	198	178	138	624
Norderdithmarschen	8 220	6 035	117	71	199	186	186	857
Oldenburg (Holstein)	10 278	8 519	123	90	255	234	424	1 856
Pinneberg	62 909	50 800	786	553	1 548	1 429	931	3 991
Plön	15 954	14 684	201	169	501	472	346	1 610
Rendsburg	15 148	12 472	205	145	386	345	514	2 276
Schleswig	9 182	6 604	128	75	214	174	149	688
Segeberg	11 674	9 227	203	102	286	229	370	1 624
Steinburg	14 544	10 381	168	110	260	239	383	1 647
Stormarn	44 373	37 211	529	401	1 126	1 012	786	3 205
Süderdithmarschen	12 530	7 221	173	75	208	178	112	509
Südtondern	9 832	7 097	122	79	167	143	365	1 597
Schleswig-Holstein	375 050	292 593	4 784	3 291	9 181	8 408	8 813	36 718

1) einschl. Tbc-Hilfe 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)
 3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) bei "öffentliche Fürsorge": einschl. Landessozialamt, Landesjugendamt und Jugendaufbauwerk 5) Neubau und Wiederaufbau einschl. Umbau ganzer Gebäude 6) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit — Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Ham- burg	Nie- der- sach- sen	Bre- men	Nord- rhein- West- falen	Hes- sen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bay- ern	Saar- land
BEVÖLKERUNG												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1 000	30.6.1963 ¹⁾	55 430	2 364	1 851	6 762	721	16 276	4 974	3 494	8 081	9 805	1 103
Veränderung in %	"	+ 38	+ 49	+ 8	+ 49	+ 28	+ 36	+ 43	+ 18	+ 48	+ 38	+ 21
30. 6. 1963 geg. VZ 1939 ²⁾	"	+ 15	- 8	+ 18	+ 0	+ 32	+ 25	+ 17	+ 19	+ 28	+ 8	+ 15
30. 6. 1963 geg. VZ 1950 ²⁾	"											
Bevölkerungsdichte Einwohner je qkm	"	224	151	2 477	143	1 786	479	236	176	226	139	429
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR¹⁾												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in 1 000	Mai 1962	6 664	303	179	891	85	1 913	562	459	938	1 181 ^{a)}	153
je 1 000 Einwohner	"	122	130	97	133	119	119	115	133	119	123 ^{a)}	141
ARBEIT												
Beschäftigte Arbeitnehmer ³⁾ in 1 000	30.6.1963	21 562	838	847	2 435	306	6 922	1 904	1 581 ^{b)}	3 198	3 530	x
Arbeitslose in 1 000	30.9.1963	96	6	4	13	3	34	7	6	3	21	.
je 100 Arbeitnehmer ⁴⁾	"	0,4	0,7	0,5	0,5	0,8	0,5	0,3	0,4	0,1	0,6	.
VOLKSEINKOMMEN⁵⁾												
Brutto-Inlandsprodukt in Mrd. DM	1961 ⁶⁾	311 ^{b)}	11	18	33	5	101	28	15	46	48	.
1962 ⁷⁾		338 ^{b)}	12	19	36	6	109	30	17	51	53	.
in DM je Einwohner	1961 ⁶⁾	5 765 ^{b)}	4 679	9 785	4 989	7 334	6 362	5 723	4 425	5 994	5 076	.
1962		6 173 ^{b)}	5 013	10 425	5 400	7 918	6 742	6 160	4 774	6 424	5 494	.
LANDWIRTSCHAFT												
Erzeugung von Kuhmilch ¹⁾ in 1 000 t	Aug. 1963	1 804	148	2	377	2	278	120	84	226	555	11
in kg je Kuh und Tag	"	9,8	10,0	10,8	11,8	11,5	11,1	9,7	8,3	8,4	9,2	10,5
INDUSTRIE⁸⁾												
Beschäftigte ⁸⁾ in 1 000	30.6.1963	7 969	174	223	740	98	2 807	685	366	1 453	1 256	168
je 1 000 Einwohner	"	144	73	121	109	136	172	138	105	180	128	152
Umsatz ⁸⁾ in Mill. DM	Juni 1963	23 568	650	1 040	2 535	395	8 646	1 894	1 056	3 823	3 140	388
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 883	75	137	509	65	1 412	341	171	607	437	129
Produktionsindex ⁹⁾ (arbeitsstättlich) 1950 = 100	"	302	307	245	385	255	.	367	390	316	.	.
BAUWIRTSCHAFT^{1) 10)} UND WOHNUNGSWESEN												
Beschäftigte in 1 000	30.6.1963	1 609	69	50	204	25	441	148	101	246	293	35
je 1 000 Einwohner	"	29,0	29,4	27,0	30,2	34,7	27,1	29,3	28,9	30,4	29,8	31,4
Geleistete Arbeitsstunden in Mill.	Juni 1963	254	12	8	32	4	70	23	17	39	45	5
je Einwohner	"	4,6	4,9	4,3	4,8	5,8	4,3	4,6	4,7	4,8	4,6	4,5
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹¹⁾ Anzahl	Juli 1963	56 022	4 223	2 049	6 473	1 091	13 476	4 848	3 178	9 485	9 877	1 322
je 10 000 Einwohner	"	10,2	18,0	11,1	9,6	15,2	8,3	9,8	9,1	11,9	10,1	12,1
Fertiggestellte Wohnungen Anzahl	"	31 707	1 281	760	3 599	276	9 125	4 303	2 168	5 499	4 042	654
je 10 000 Einwohner	"	5,8	5,4	4,1	5,3	3,8	5,6	8,7	6,2	6,9	4,2	6,0
AUSFUHR												
Ausfuhr in Mill. DM ¹⁾	Juli 1963	4 954 ^{c)}	126	147	383	49	1 789	447	222	875	552	159
STEUERN												
Steueraufkommen in DM je Einwohner	2. Vj. 1963	128	80	246	88	141	139	153	92	138	118	79
Landesteuern ¹²⁾	"	201	166	840	145	415	216	173	149	178	146	121
Bundessteuern ¹³⁾	"	51	38	72	42	61	56	55	43	55	48	26
Gemeindesteuern	"											
GELD UND KREDIT												
Bestand an Spareinlagen ¹⁴⁾ in DM je Einwohner	31.7.1963	1 255	921	1 660	1 138	1 365	1 339	1 273	1 088	1 309	1 213	1 098
FÜRSORGE												
Öffentliche Fürsorge Aufwand in DM je Einwohner	Rj. 1962	15,82	19,68	25,49	14,32	27,26	19,81	18,22	11,31	12,23	10,30	12,48
Laufend unterstützte Personen der offenen Fürsorge je 1 000 Einwohner	31.12.196.	13,6	18,7	16,9	13,4	20,7	16,3	14,6	11,5	10,8	9,8	11,2

1) vorläufiges Ergebnis 2) Saarland; Stand 14. 11. 1951 3) Arbeiter, Angestellte und Beamte 4) Beschäftigte und Arbeitslose 5) Die Differenz zwischen der Summe der Länder und dem Bundesergebnis läßt aufgrund mancher Abrundung nicht auf die Leistung der saarländischen Wirtschaft schließen 6) berichtigte vorläufige Ergebnisse 7) erste vorläufige Ergebnisse 8) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 9) Gesamtindex (ohne Bau) 10) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 11) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 12) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 13) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin 14) ohne Postspareinlagen a) Stand Oktober 1962 b) einschl. Saarland c) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Selte
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Altersaufbau der Bevölkerung	7/196
Ausländer 1962	6/181
Erwerbsfähige Bevölkerung 1962 - 1977	9/260
Haushalte VZ 1961	1 /292
Bevölkerungsbewegung	
Geburtenhäufigkeit	10/300
Haus- und Anstaltsgeburten	3/68
Wanderungen 1961	1/20
Gesundheitswesen	
Ärzte 1961	1/22
Infektionskrankheiten 1962	7/213
Krankenanstalten 1961	2/55
Sterbefälle 1961	2/54
Unterricht, Bildung und Kultur	
Hochschulprüfungen	6/182
Lehrernachwuchs	6/182
Wahlen	
Landtagswahlen 1962	2/36
Erwerbstätigkeit	
Streiks 1962	4/122
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft	3/70
Feldfrüchte 1962	4/110
Gemüse 1962	3/77
Gemüseanbau, Entwicklung des - (s)	8/228
Milchwirtschaft 1962	5/151
Obsternte 1962	3/75
Schlacht tier- und Fleischbeschau 1961	1/23
Vieh- und Fleischwirtschaft 1961/62	4/108
Zwischenfrüchte 1962	5/155
Unternehmungen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Arbeitsstätten und Beschäftigte 1961	4/104
Arbeitsstätten und Unternehmen 1961	5/142
Kapitalgesellschaften 1962	7/215
Industrie und Handwerk	
Chemische Industrie 1956 - 1962	8/234
Handwerk 1962	10/302
Industrie in den Kreisen	9/266
Produktion, Industrielle - 1962	3/92

Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Bauhauptgewerbe 1962	3/81
Qualität der Wohngebäude	10/295

Handel und Gastgewerbe

Ausfuhr 1960 und 1961	2/40
Unternehmen des Einzelhandels 1960	4/113
Unternehmen des Großhandels 1960	1/4

Verkehr

Autowelle, Die -	8/245
Eisenbahnen, Güterverkehr -	10/308
Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge	1/24
Fremdenverkehr in den Seebädern	5/136
Gemeindestraßen	7/205
Grenzreiseverkehr 1962	9/269
Lastkraftwagen, Güterfernverkehr mit - 1958 und 1959	6/171
Straßenverkehrsunfälle 1961	1/10
Straßenverkehrsunfälle 1962	9/261

Geld, Kredit- und Versicherungswesen

Bausparkassen 1962	9/270
Hypotheken 1962	6/183
Realkreditinstitute	1/14
Realkreditinstitute 1962	7/208
Spareinlagen 1961/62	5/154
Zahlungsschwierigkeiten 1962	4/123

Öffentliche Sozialleistungen

Fürsorge, Öffentliche - 1962	9/275
Jugendhilfe 1961	2/46
Jugendhilfe 1962	10/311
Krankenstand Winter 1962/63	5/155
Kriegs- und Schwerbeschädigte 1962	6/184
Rentenversicherung 1962	9/278

Öffentliche Finanzen

Ausgaben Straßenbau	9/264
Einheitswerte der gewerblichen Betriebe	3/86
Landesausgaben, Struktur der -	6/168
Lohneinkommen, Schichtung der - 1961	6/174
Personal der öffentlichen Verwaltung	6/169
Schulen, Ausgaben für -	4/119
Steueraufkommen 1962	7/200
Umsätze und ihre Besteuerung 1961	1/15
Verschuldung, Öffentliche - 1962	9/279

Preise

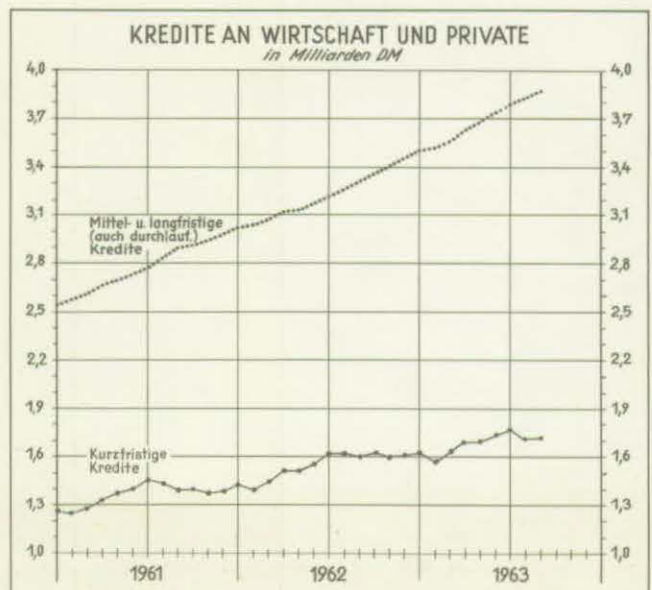
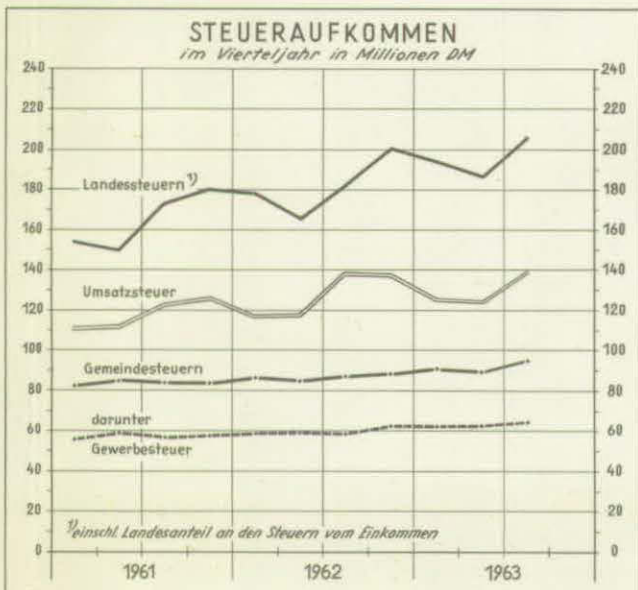
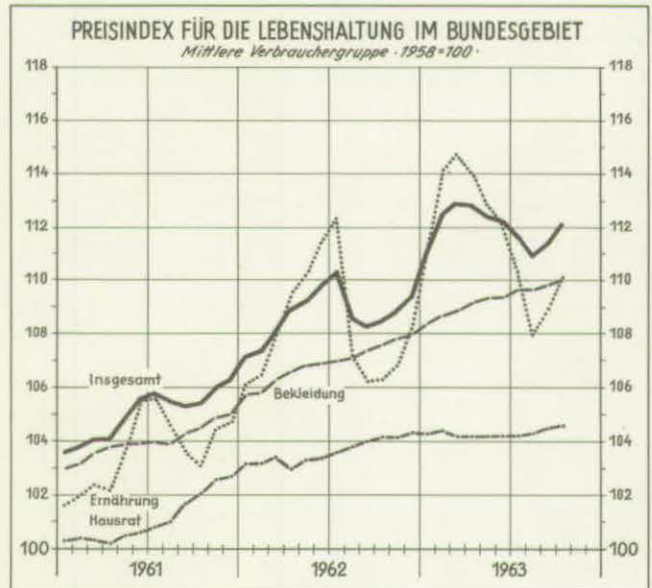
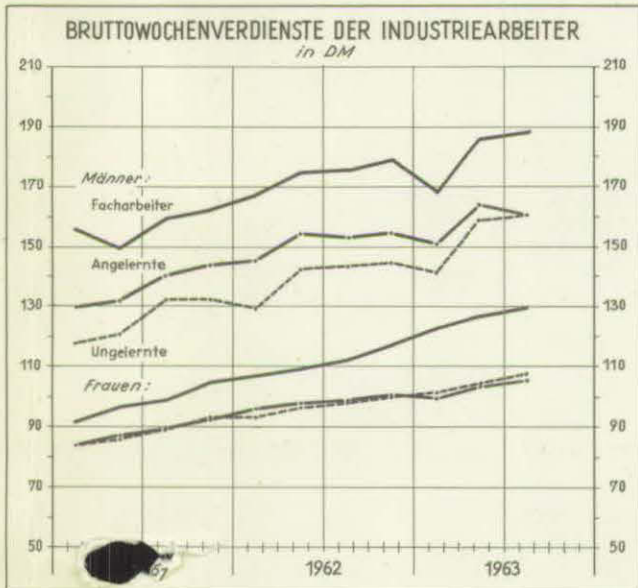
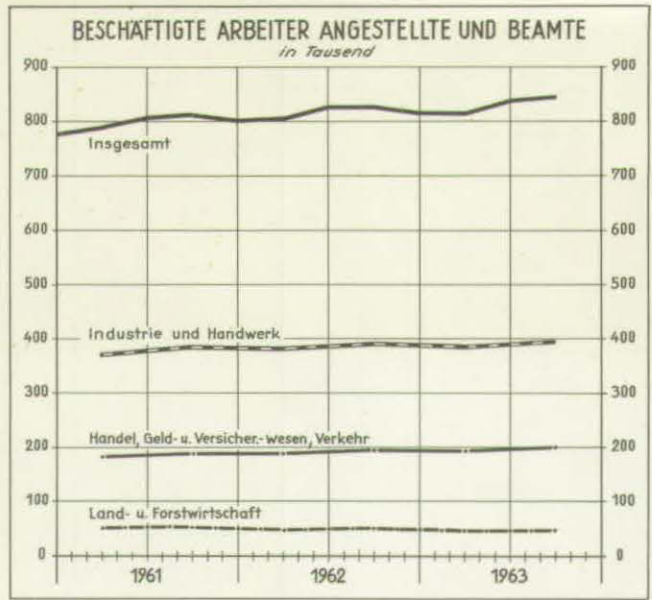
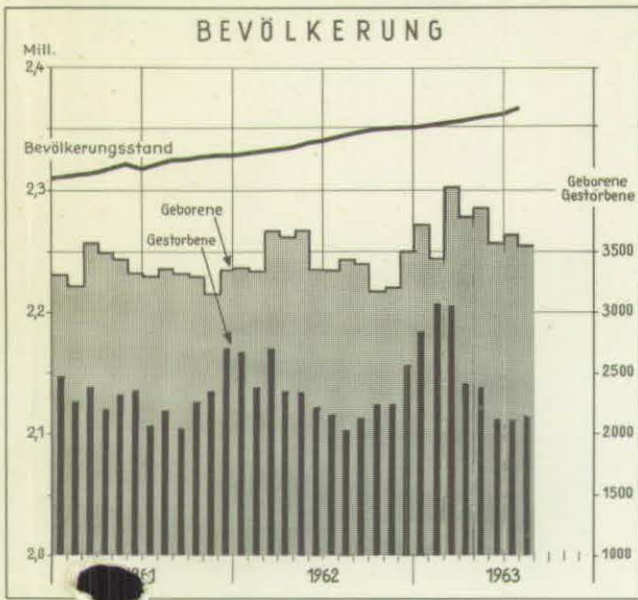
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preise -	3/79
Verbraucherpreise 1962	10/309
Wohnungsbau, Preisanstieg im -	2/47

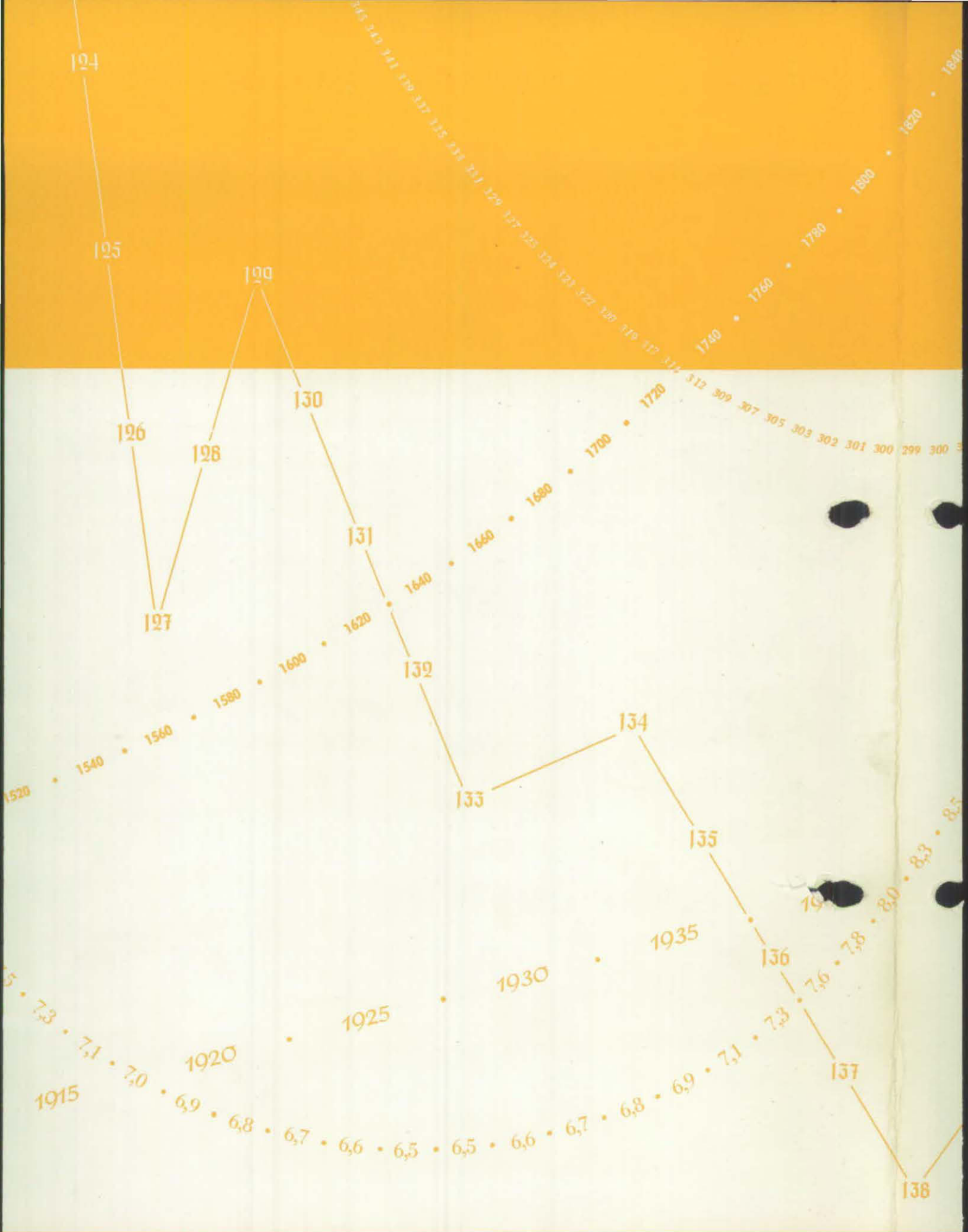
Löhne und Gehälter

Landwirtschaft, Arbeiterverdienste in der -	4/124
Erwerbsgartenbau, Lohnstruktur im -	6/176
Forstwirtschaft, Lohnstruktur in der -	6/180
Verdienste 1957 und 1962	2/51

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02

Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germanica-Druckerei Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen